

HELLMUTH AUERBACH

DIE POLITISCHEN ANFÄNGE CARLO SCHMIDS

Kooperation und Konfrontation mit der französischen
Besatzungsmacht 1945–1948

Es waren keineswegs ausschließlich Leute aus der politischen Szenerie der ja nur zwölf Jahre zurückliegenden Weimarer Republik, die nach dem Zusammenbruch des Hitler-Staats das politische Gesicht Nachkriegsdeutschlands prägten und die Konturen der im westlichen Teil des alten Deutschen Reichs entstehenden Bundesrepublik gestalteten. Es gab auch einige bemerkenswerte „Newcomer“. Einer von ihnen, der Tübinger Landgerichtsrat und Dozent für Staatsrecht Karl Schmid, entwickelte sich binnen weniger Jahre zu einem der bedeutendsten politischen Köpfe der deutschen Nachkriegszeit. Er machte die steilste Karriere unter den neuen Leuten, und es gab nicht wenige – sowohl unter den Deutschen wie unter ihren westlichen Protektoren –, die Schmid sogar am liebsten als ersten Bundeskanzler der neuen deutschen Republik gesehen hätten¹.

Dabei war dieser Mann zwar nicht gerade zufällig, aber doch eher ungewollt zum Regierungschef eines Landes geworden, das noch dazu gegen seinen und fast aller seiner Landsleute Willen entstanden war und von Anfang an als Provisorium angesehen wurde – auch von denen, die es geschaffen hatten.

Karl Schmid – von seinen Schülern seit langem, ab 1947 allgemein Carlo Schmid genannt – wurde einer der aktivsten Gründerväter der Bundesrepublik. Unter diesem Aspekt blieb seine Tätigkeit als Regierungschef und Politiker im französisch besetzten Süd-Württemberg meistens unterbelichtet. Gerade dort konnte er aber dank seiner halbfranzösischen Herkunft und der Erfahrungen in Frankreich seine Talente entfalten und ein Verhältnis zur Besatzungsmacht seines Landes gewinnen, wie es wohl kein anderer deutscher Regierungschef dieser Jahre hatte.

Die im beiderseitigen Interesse unternommenen Bemühungen um eine Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen und den Franzosen, unter den Umständen des Besatzungsregimes eines Volkes, das ein knappes Jahr vorher noch selbst vom jetzt Okkupierten okkupiert gewesen war, konnten naturgemäß nicht ohne Reibungen und Friktionen verlaufen. Die situationsbedingten Eigenheiten dieser Kooperation und Konfrontation machen sie zu einem interessanten Kapitel der deutschen Nach-

¹ Siehe etwa das hübsche Porträt Carlo Schmid's von Erich Kuby in: Süddeutsche Zeitung, 23. 6. 1949; vgl. auch Salomon Grumbach in: Le Populaire, 25. 8. 1949.

kriegsgeschichte. Am Beispiel der Anfänge der politischen Laufbahn Carlo Schmid und der Komplexität seiner Beziehungen zur Besatzungsmacht zeigen sich zudem Grundhaltungen und charakteristische Probleme der französischen Besatzungspolitik, im allgemeinen wie im speziellen Fall Württembergs, besonders deutlich².

*

Carlo Schmid wurde am 3. Dezember 1896 in Perpignan in Südfrankreich geboren³. Sein aus Württemberg stammender Vater war damals Lektor für deutsche Literatur und Philosophie an der Universität Toulouse, seine französische Mutter Lehrerin in Perpignan. Unter Anleitung der Eltern lernte der Junge gleichermaßen die deutsche wie die französische Sprache und Literatur kennen und lieben; bis zu seinem zwölften Lebensjahr genoß er eine klassische französische Schulbildung. Danach besuchte er ein Gymnasium in Stuttgart, wohin die Familie 1908 gezogen war.

Der junge Carlo machte in der Jugendbewegung mit (beim „Alt-Wandervogel“) und beteiligte sich an der Kundgebung auf dem Hohen Meißner 1913. In immer stärkerem Maße nahm er deutsches Kultur- und Nationalgefühl in sich auf. Als im Sommer 1914 der Krieg ausbrach – er hatte gerade das Abitur gemacht –, mußte er sich entscheiden, welcher Nation er angehören wollte. Sein Vater hätte ihn am liebsten zum Studium in die Schweiz geschickt. Er selbst wollte „dabei sein“, war sich aber unschlüssig, auf welcher Seite. Die patriotischer eingestellte Mutter machte dem Sohn klar, daß sein Vaterland Deutschland sei und er dessen Fahne zu folgen habe. Sein Mutterland Frankreich solle er aber weiterhin ehren und mit ihr künftig

² Bei der Materialbeschaffung für diese Studie wurde der Verfasser sehr freundlich unterstützt durch Herrn Henry Rollet, La Celle-St. Cloud, und Herrn Dr. Klaus-Dietmar Henke, Institut für Zeitgeschichte, sowie von den Archives du Ministère des Affaires Etrangères (künftig abgekürzt: AAE), Paris, den Archives de l'Occupation Française en Allemagne et en Autriche (künftig: AOFA), Colmar, den Archives de l'Assemblée Nationale (künftig: AAN), Versailles, der Bibliothèque de Documentation Internationale Contemporaine (künftig: BDIC), Nanterre, dem Public Record Office (künftig: PRO), Kew, dem Staatsarchiv Sigmaringen (künftig: StA Sigm.), dem Archiv der sozialen Demokratie (künftig: AsD) der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, und dem Archiv des Instituts für Zeitgeschichte (IfZ), München. Den Genannten und allen hilfsbereiten Damen und Herren in den Archiven sei hier vielmals gedankt.

³ Zu Carlo Schmid's Biographie liegt noch nicht viel vor außer seinen Erinnerungen, Bern, München 1979. Zu seiner Dozentenzeit in Tübingen während des „Dritten Reiches“ vgl. die Memoiren seines Schülers Michael Thomas (früher Ulrich Hollaender), Deutschland, England über alles. Rückkehr als englischer Besatzungsoffizier, Berlin 1984 und München 1987 (hier bes. S. 199–204). Die Augsburger Dissertation von Gerhard Hirscher, Carlo Schmid und die Gründung der Bundesrepublik. Eine politische Biographie, Bochum 1986, behandelt vor allem die Jahre 1945 bis 1949 und legt das Schwergewicht auf Schmid's verfassunggebende Tätigkeit in der Gründungsphase der Bundesrepublik. Erwähnt sei auch Patrick Charbonneau, Carlo Schmid, Démocrate et patriote allemand. Sa vie, ses écrits, son action jusqu'en 1948, Thèse de 3^{ème} cycle, Université de Paris X (Nanterre) 1982. Die Arbeit stützt sich im wesentlichen auf Schmid's Erinnerungen, publizierte Reden und Pressematerial. Sie behandelt zwar Schmid's Tätigkeit in Lille 1940–44, nicht aber sein Verhältnis zur französischen Militärregierung seit 1945.

nur noch französisch sprechen⁴. So meldete er sich 1914 als Kriegsfreiwilliger zum deutschen Heer. Nach Einsätzen im Osten, vor Verdun und an der Somme war er bei Kriegsende Leutnant in einer Pioniereinheit und wurde in den Soldatenrat gewählt. In Stuttgart beteiligte er sich 1918/19 in einer Freiwillingeneinheit am Schutz der Regierung vor kommunistischen Umsturzversuchen.

Ab Frühjahr 1919 studierte Schmid in Tübingen Rechts- und Staatswissenschaften und machte dort auch die Referendarausbildung. Er promovierte nebenher bei Hugo Sinzheimer in Frankfurt über einen Teilbereich des Betriebsrätegesetzes. Seine am Tübinger Amtsgericht begonnene Laufbahn unterbrach Schmid 1927 zugunsten einer wesentlich interessanteren Tätigkeit am Kaiser-Wilhelm-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht in Berlin. Als enger Mitarbeiter des Institutsdirektors Viktor Bruns nahm er mit diesem an den Verhandlungen des Deutsch-Polnischen Gemischten Schiedsgerichts, das in verschiedenen europäischen Städten tagte, teil und arbeitete sich in Probleme der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit und des Völkerrechts generell ein. Unter Anleitung des ebenfalls dort tätigen, sehr eloquenten Erich Kaufmann lernte er, auch in juristischen Streitfragen völlig frei auf französisch zu plädieren. Mit einer Arbeit über die Rechtsprechung des Ständigen Internationalen Gerichtshofes in Den Haag habilitierte sich Schmid 1929 an der Universität Tübingen für Völkerrecht und internationales Privatrecht.

Nachdem es wegen einer von Bruns nicht gedeckten Artikelserie Schmid's über juristische Aspekte des Reparationsproblems 1929 zum Bruch zwischen beiden gekommen war, zog sich Schmid wieder nach Tübingen zurück und bekam dort 1931 eine Stelle als Landgerichtsrat. Nach dem Machtantritt Hitlers und der Konsolidierung des NS-Regimes hielt er Widerstand für aussichtslos und lehnte auch eine Emigration ab, da es gut sei, „wenn auch unter einer totalen Gewaltherrschaft Menschen im Lande aushalten, die durch ihr Tun und Lassen zeigen, daß man sein Leben nach menschenwürdigeren Prinzipien führen kann als jenen, die die neuen Herren plakatieren . . . Die Überlegungen hatten zur Folge, daß ich der Partei nicht beitrug, ihren Veranstaltungen fernblieb, den Beitritt zu NS-Rechtswahrerbund und der NS-Volkswohlfahrt, in die alle Mitglieder des alten württembergischen Richterbundes überführt wurden, aber hinnahm . . .“⁵

Diese passive Haltung und seine unverhohlene Ablehnung des Nationalsozialismus führten dazu, daß Schmid's Universitätskarriere beim Status des Privatdozenten stehen blieb. Da er sich auch jüdischer Studenten annahm und in seinen Vorlesungen gelegentlich deutliche Seitenhiebe gegen die NS-Ideologie austeilte, stieß er auf zunehmendes Mißtrauen und mußte sich Vernehmungen durch die Gestapo unterziehen. Wie für viele andere war auch für Schmid die Einberufung zur Wehrmacht nach Kriegsbeginn eine Rettung vor weiteren Pressionen seitens der Partei.

⁴ Schmid, *Erinnerungen*, S. 47.

⁵ Ebenda, S. 160 f.

Schmid als Besatzungsoffizier in Frankreich

Anfang Juni 1940 bekam Carlo Schmid die Mitteilung, daß er als Militärverwaltungsrat einberufen werde und sich beim Chef der Militärverwaltung für Belgien und Nordfrankreich in Brüssel zu melden habe. Dort wurde er der Oberfeldkommandantur in Lille (Nordfrankreich) zugeteilt. Diese Tätigkeit in der deutschen Besatzungsverwaltung in Frankreich und seine dort gemachten Erfahrungen haben sich für Schmid's späteres Wirken unter einer französischen Besatzung von großem Wert erwiesen, zumal seine in Lille gezeigte Haltung gegenüber den Okkupierten und ihren Problemen die Einstellung der späteren Okkupanten zu ihm stark beeinflußt hat. Es ist also gerechtfertigt, auf diese vier Jahre hier etwas näher einzugehen⁶.

Zu den Aufgaben der deutschen Militärverwaltung gehörte „vor allem die Beaufsichtigung der französischen Verwaltung unter Beachtung der Haager Landkriegsordnung, damit die Wirtschaft in der Lage sei, nicht nur die Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen, sondern auch die der Besatzungsmacht“⁷. Schmid selbst wurden die Aufsicht über die französische Gerichtsbarkeit übertragen und die Beratung des Oberfeldkommandanten, General Heinrich Niehoff, in völkerrechtlichen Fragen. Er gewann das Vertrauen des Generals und wurde dank seiner guten Sprachkenntnisse bald zum „Mann für alles“⁸. Ihm oblag die Kontrolle der Zeitschriften, der Schulen, Universitäten und anderen kulturellen Einrichtungen, die er aber möglichst ungestört wirken ließ.

Der französische Widerstand gegen die deutsche Besatzungsmacht entwickelte sich auch in Nordfrankreich erst nach dem Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion und verstärkte sich nach der Besetzung ganz Frankreichs im November 1942 und der auf deutschen Druck hin eingeführten Arbeitsdienstpflicht. Diese trieb viele junge Leute in den Maquis. Zunehmende Sabotageakte führten zu vermehrten Geiselnahmen unter der Zivilbevölkerung der betreffenden Orte, deren Erschießung als Vergeltung angedroht wurde. Schmid wurde mit diesem Problem sehr häufig konfrontiert; mehrfach konnte er erreichen, daß nicht auch noch unschuldig Festgenommene erschossen wurden, sondern nur aktive Saboteure und Widerstandskämpfer, die auf jeden Fall mit einem Todesurteil rechnen mußten. In einigen Fällen gelang es ihm, junge Leute vor dem Todesurteil zu bewahren; auch half er mit, Arbeitsdienstpflichtige, die nach Deutschland verschickt werden sollten, zu Waldarbeiten in die Ardennen oder andere Gegenden Frankreichs abzuordnen.

Bei der französischen Bevölkerung wurde Schmid allmählich als ein Mann bekannt, an den man sich wenden konnte, wenn sonst nicht zu helfen war. Dazu

⁶ Vgl. dazu neben Schmid's Erinnerungen, S. 175–208, Lucien Detrez, *Quand Lille avait faim (1940–1944)*, Lille 1945, und Henri Duprez, *1940–1945 même combat dans l'ombre et la lumière. Episodes de la Résistance dans le Nord de la France: témoignages et souvenirs*, Paris 1979.

⁷ Schmid, *Erinnerungen*, S. 177.

⁸ „L'homme à tout faire“, Detrez, Lille, S. 186.

trug nicht zuletzt sein gutes Verhältnis zu den Vertretern der katholischen und der reformierten Kirche in Lille bei. Sowohl der Liller Domherr Detrez wie der Pastor Pasche stellten Schmid in ihren Berichten unmittelbar nach dem Kriege ein sehr ehrenvolles Zeugnis über seine Haltung gegenüber den Franzosen aus⁹. Zusammen mit Pasche bemühte sich Schmid um die Rettung der von der Deportation bedrohten Juden Lilles und des Département du Nord; sehr viele konnten untertauchen oder mit von Schmid ausgestellten Passierscheinen in weniger gefährdete Gebiete, auch in die Schweiz, entkommen.

Als Carlo Schmid im Herbst 1941 auf einer Tagung der Akademie für Deutsches Recht in Berlin über Besatzungsrecht referierte, kam er mit Helmuth von Moltke in Kontakt, mit dem er sich sehr schnell verstand und im Laufe weiterer Gespräche bei Besuchen Moltkes in Lille oder Brüssel, auch in Berlin, von diesem langsam in die Widerstandsvorstellungen und Nachkriegspläne des Kreisauer Kreises eingeweiht wurde. Moltke hat in Carlo Schmid offensichtlich einen gleichgesinnten Mann getroffen und ihn sehr schätzen gelernt¹⁰. Er wollte von ihm vor allem auch Informationen über die französische Résistance bekommen und erfahren, wieweit man gegebenenfalls mit nichtkommunistischen Gruppen innerhalb dieser zusammenarbeiten könnte. Über den Pastor Pasche und andere Leute hatte Schmid Kontakte zu Résistancegruppen, wurde gelegentlich sogar aus diesen Kreisen vor möglichen Aktionen des Sicherheitsdienstes gewarnt¹¹. Als Moltkes Verbindungsmann in Brüssel, der Militärverwaltungsrat Dr. Domke, im Juni 1944 Selbstmord beging, um seiner Verhaftung zu entgehen, und man in seinen Aufzeichnungen Schmid's Namen fand, wurde auch Schmid vom Kriegsgesicht vernommen und acht Tage in Untersuchungshaft behalten. Wieder freigelassen und nach Lille zurückgekehrt, bekam er seitens der Résistance das Angebot, ihn zu seinem Schutz zu „kidnapen“, falls ihm weitere Nachstellungen durch das Kriegsgesicht oder die Gestapo drohten¹².

Beim Abzug der deutschen Besatzungstruppen aus Lille am 1. September 1944 konnte Schmid die befohlene Zerstörung der Elektrizitäts- und Wasserwerke und die Überflutung der Bergwerke verhindern und zusammen mit dem Pastor Pasche und dem Schweizer Konsul die Freilassung eines Großteils der politischen Gefangenen erwirken. Über Pasche traf er mit der Résistance eine Verabredung, daß die durch Lille abziehenden deutschen Truppen nicht beschossen würden¹³.

⁹ Vgl. Detrez, Lille, S. 348–350; Marcel Pasches Bericht bei Duprez, Résistance, S. 193–195. Laut Pasche ging damals (1944/45) das Gerücht um, Schmid sei beim Rückzug der Deutschen in der Gegend von Brüssel ums Leben gekommen.

¹⁰ Vgl. den Abschnitt „Begegnungen mit Helmuth von Moltke“ in den Erinnerungen Schmid's, S. 198–204, und Freya von Moltke, Michael Balfour u. Julian Frisby, Helmuth James von Moltke 1907–1945. Anwalt der Zukunft, Stuttgart 1975, S. 162 u. öfter.

¹¹ Schmid, Erinnerungen, S. 197.

¹² Ebenda, S. 205, und Duprez, Résistance, S. 194 (Aussage Pasches, der das Angebot übermittelte).

¹³ Siehe dazu die Darstellungen bei Detrez und Duprez. Das Verhalten Carlo Schmid's in Lille wurde nach dem Kriege, als er Vorsitzender des Staatssekretariats geworden war und seitens der französischen Linken angegriffen wurde, auch vom französischen Geheimdienst untersucht und als „très correcte“ bezeichnet (siehe: Contrôle de la Sûreté du Wurtemberg, Renseignements généraux:

Carlo Schmid hatte in diesen vier Jahren in Lille kennengelernt, was eine rigorose Besatzungsherrschaft bedeutet und was für Auswirkungen sie haben kann. Er verhielt sich während seines Dienstes in der deutschen Verwaltung als loyaler Offizier, der bestrebt war, den Okkupierten zu helfen, so gut es ging, und Ungerechtigkeiten zu vermeiden. Er war kein Mann des Widerstands oder der Résistance – aber er war wohl manchmal nahe daran, einer zu werden.

Die Anfänge des südwürttembergischen Staatssekretariats 1945

Das Kriegsende erlebte Carlo Schmid in Tübingen. Nachdem am 19. April 1945 französische Truppen die Stadt kampflos besetzt hatten, machte er sich auf dem Rathaus als Dolmetscher nützlich und vermittelte in Auseinandersetzungen um französische Quartier- und Requisitionswünsche. Anfang Mai bildete er mit gleichgesinnten Freunden einen schon im April von ehemaligen SPD- und KPD-Mitgliedern gegründeten „Antifaschistischen Block“ in eine „Demokratische Vereinigung“ um. Aus ihren Reihen entwickelte sich im Juni ein provisorischer Gemeinderat, der Schmid zum Vorsitzenden wählte. Er wurde aber nach kurzer Zeit von den Franzosen wieder aufgelöst, da nach deren Meinung die Zeit für eine Selbstverwaltung der Deutschen noch nicht gekommen sei¹⁴. Durch seinen aktiven Einsatz für die Belange der Stadt und der Universität, vor allem als Mittelsmann zwischen diesen und der Besatzungsverwaltung, wurde Schmid sehr bald zur „dominierenden Persönlichkeit Tübingens“ und „Mann der ersten Stunde“ der Universität¹⁵.

Letzteres wurde bedeutsam, als der Stadtkommandant einen jungen Offizier von der französischen Militärregierung in Stuttgart zu ihm schickte, der sich über die Situation an der Universität informieren sollte, mit dem Rektor aus der Nazi-Zeit aber nicht sprechen wollte. Schmid erreichte bei diesem Gespräch, daß durch die nicht kompromittierten Professoren ein neuer Kleiner Senat gebildet werden konnte. In der zweiten Juniwoche kam dieser Offizier noch einmal zu Schmid und holte ihn nach Stuttgart. Er sollte in einer von den Franzosen geschaffenen Landesverwaltung für Württemberg das Ressort für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten übernehmen. Nach Rücksprache mit dem vorgesehenen Vorsitzenden dieser

Contribution à l'Etude du Parti Socialiste dans le Wurtemberg-Sud, Janvier 1948, B. D. I. C., Sign. F Rés. 244, Abschnitt „La personnalité de Karl Schmid“, S. 2).

¹⁴ Schmid, *Erinnerungen*, S. 224 f. Über die „Demokratische Vereinigung“ vgl. Hans Georg Wieck, *Christliche und Freie Demokraten in Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden und Württemberg 1945/46*, Düsseldorf 1958, S. 175 f. Die Bemerkung dort, Schmid habe Gouverneur Widmer schon vorher gekannt, beruht auf einem offensichtlich falschen Gerücht.

¹⁵ Zu diesen ersten Nachkriegsmonaten in Tübingen vgl. außer den *Erinnerungen Schmid*, S. 219–229, die sehr anschaulichen Berichte in: *Wiedergeburt des Geistes. Die Universität Tübingen im Jahre 1945. Eine Dokumentation*. Bearb. von Manfred Schmid und Volker Schäfer, Tübingen 1985, bes. S. 85 ff.; des weiteren Hirscher, *Carlo Schmid*, S. 21–29, und die Ausführungen Martin Schmidts in: *Frankreichs Kulturpolitik in Deutschland, 1945–1950*, hrsg. von Franz Knipping und Jacques Le Rider, Tübingen 1987, S. 301–310.

Landesverwaltung, dem württembergischen Justizminister vor 1933, Josef Beyerle, nahm Schmid an und wurde am 13. Juni 1945 zum Landesdirektor ernannt¹⁶.

Diese erste Landesverwaltung war für ganz Württemberg gedacht, konnte aber nur im französisch besetzten Teil aktiv werden, da sie von den Amerikanern nicht akzeptiert wurde. Aber erst am 14. September 1945 schuf die amerikanische Militärregierung eine eigene deutsche Landesregierung für die von ihr verwalteten Gebiete Nordwürttembergs und Nordbadens. Ministerpräsident wurde der ehemalige württembergische Wirtschaftsminister Reinhold Maier, das Kultusressort übernahm auf ausdrücklichen amerikanischen Wunsch Theodor Heuss. Carlo Schmid wurde einige Tage später von Maier als „Staatsrat“ ebenfalls in die Regierung aufgenommen; Maier kannte ihn offensichtlich vorher nicht¹⁷.

Da seit dem 8. Juli 1945 Württemberg zwar de facto in eine amerikanische und eine französische Zone aufgeteilt war (wobei die Hauptstadt in der ersteren lag), man diesen Zustand aber nicht als Hemmnis für den Aufbau einer neuen einheitlichen Landesverwaltung gelten lassen wollte, ernannte das Stuttgarter Landesdirektorium Mitte Juli mit Zustimmung beider Besatzungsmächte für jedes Ressort sogenannte Landesdelegierte bei der französischen Militärregierung¹⁸. Auch auf französischer Seite war man bestrebt, die Einheit Württembergs zu bewahren, hoffte man doch lange, das südliche Württemberg, an dem man nicht so sehr interessiert war, gegen das nördliche Baden austauschen zu können. Ein gesamtbadischer Staat entlang der französischen Grenze hätte den französischen Wünschen mehr entsprochen und wäre wohl leichter zu beeinflussen gewesen.

Der Versuch, mittels Landesdelegierter eine einheitliche Verwaltungsstruktur Württembergs aufrecht zu erhalten, wurde aber auf Weisung General Clays von amerikanischer Seite unterbunden. Er bestand auf einer strikten Trennung beider Besatzungszonen; keine der Militärregierungen sollte auch nur indirekt auf das Gebiet der anderen Einfluß nehmen. Durch die Proklamierung des Landes Württemberg-Baden durch Eisenhower am 19. September 1945 und die Einsetzung der Regierung Reinhold Maier für dieses neue Land wurde die Trennung auch de jure vollzogen¹⁹.

Auf französischer Seite hatte man aber keine Einwände gegen eine weitere ver-

¹⁶ Schmid, *Erinnerungen*, S. 230; Hirscher, *Carlo Schmid*, S. 47 f.; Gert Friedrich Nüske, *Württemberg-Hohenzollern als Land der französischen Besatzungszone in Deutschland 1945–1952. Bemerkungen zur Politik der Besatzungsmächte in Südwestdeutschland*, in: *Zschr. f. Hohenzollerische Gesch.* 18 (1982), S. 179–278 u. 19 (1983), S. 103–194, hier bes. 18 (1982), S. 197 f.

¹⁷ Siehe Reinhold Maier, *Ende und Wende. Das schwäbische Schicksal 1944–1946. Briefe und Tagebuchaufzeichnungen*, Stuttgart 1948, S. 332. Auch bei der Einsetzung des Staatssekretariats in Tübingen (ebenda, S. 362 ff.) erwähnt er den Namen Schmid's nicht.

¹⁸ Siehe Gebhard Müller (der Landesdelegierter für Justiz wurde), *Württemberg-Hohenzollern 1945 bis 1952*, in: *Tübinger Blätter* 39 (1952), S. 3; Eberhard Konstanzer, *Die Entstehung des Landes Baden-Württemberg*, Stuttgart 1969, S. 21 ff.; Nüske, *Bemerkungen* (1982), S. 230–233.

¹⁹ Siehe dazu Konstanzer, *Entstehung*, S. 25, u. vor allem Nüske, *Bemerkungen* (1982), S. 232–236. Vgl. auch Thomas Schnabel, *Württemberg zwischen Weimar und Bonn 1928 bis 1945/46*, Stuttgart 1986, S. 600 f.

waltungsmäßige Anbindung der beiden Landesteile, als von deutscher Seite eine solche Konstruktion vorgeschlagen wurde. Allerdings machte man deutlich, daß man sich die Billigung der deutschen Anordnungen, auch wenn sie aus Stuttgart kämen, vorbehält, und stellte die Bedingung, daß in Tübingen eigenverantwortliche Verwaltungsinstanzen bestehen müßten.

Von Maier bevollmächtigt, verhandelte Schmid mit dem französischen Gouverneur in Tübingen über das weitere Procedere. Schmid war bei diesen Besprechungen die treibende Kraft, und da ihn auch die Franzosen akzeptierten, wurde schnell klar, daß er der künftige Chef einer deutschen Verwaltung in Tübingen sein würde. Aus dem Kreis der bisherigen Landesdelegierten für die französische Zone wurde bald danach der Vorwurf erhoben, Schmid habe sich durch eine „Art Staatsstreich“ zum Regierungschef in Südwürttemberg gemacht. Als Gebhard Müller in späteren Jahren bei Gouverneur Widmer anfragte, wieso gerade Carlo Schmid mit der Leitung des Staatssekretariats in Tübingen betraut worden war, antwortete der Gouverneur, er habe die Instruktion bekommen, eine im europäischen Sinne orientierte Politik zu verfolgen. Er verwies auf de Gaulles Rede in Freiburg (4. Oktober 1945), in der dieser den badischen und württembergischen Notabeln gegenüber von „uns Europäern des Westens“ sprach. Es sei also wichtig gewesen, fuhr Widmer fort, gerade in der Anfangsperiode einen Mann an die Spitze der Staatsverwaltung Württemberg-Hohenzollerns zu setzen, der dieser Richtung gegenüber aufgeschlossen war. Nachdem er die nötigen Erkundigungen eingezogen habe, sei seine Wahl auf Schmid gefallen. „Seine Herkunft, seine Bildung, seine humanistische Gesinnung schienen mir den gesuchten Qualifikationen zu entsprechen. Im übrigen hatte ich hinsichtlich seiner Haltung in Lille während des Krieges zufriedenstellende Auskünfte erhalten.“²⁰

Am 16. Oktober 1945 kam Reinhold Maier nach Tübingen, um im Beisein des Gouverneurs Widmer die Einsetzung des „Staatssekretariats für das französisch besetzte Gebiet Württembergs und Hohenzollerns“ vorzunehmen. Gegen diese Prozedur erhoben die Franzosen aber in letzter Minute Einwände. Der Stuttgarter Ministerpräsident durfte zwar eine Rede halten, das Staatssekretariat wurde aber weder von ihm eingesetzt noch von Gouverneur Widmer. In der Niederschrift über die Eröffnungssitzung heißt es bemerkenswerterweise: „Der Herr Gouverneur eröffnete die Sitzung mit der Erklärung, daß er zur Kenntnis nehme, daß sich in Tübingen im Einvernehmen mit der Württ. Regierung ein Staatssekretariat für das franz. bes. Gebiet Württembergs und Hohenzollerns gebildet habe, das aus den Leitern folgender Landesdirektionen bestehe: Justiz, Kultus-Erziehung-Kunst, Inneres, Wirtschaft, Finanzen, Arbeit. Er lege Wert darauf, zu betonen, daß die staatliche Einheit Württembergs durch diese Errichtung nicht gefährdet, sondern nur bestätigt

²⁰ Siehe Nüske, *Bemerkungen* (1982), S. 240. Nüskes Interpretation, der Gouverneur habe in Schmid einen Gefolgsmann de Gaulles gesehen, geht aber zu weit. Vgl. Schmid's Schilderung des Empfangs bei de Gaulle in den *Erinnerungen*, S. 227, u. Charles de Gaulle, *Mémoires de guerre. Le salut* 1944–1946, Paris 1959, S. 220.

werde. Zwar unterstehe das Staatssekretariat nicht den Befehlen der Württ. Landesregierung, aber er hoffe, daß es im engsten Einvernehmen mit dieser und gleichlaufend mit ihnen das Interesse der ihm anvertrauten württ. Bevölkerung wahrnehmen werde. Auf alle Fälle könne es der Unterstützung der franz. Militärregierung sicher sein.²¹ Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde Schmid zum geschäftsführenden Vorsitzenden für das nächste Vierteljahr gewählt (ein Vorgang, der sich jedes weitere Quartal wiederholte, solange das Staatssekretariat in dieser Form bestand).

Ein merkwürdiges staatsrechtliches Gebilde war damit – mit voller Zustimmung der französischen Militärregierung – quasi aus eigener Kraft entstanden. Durch diese, wohl in erster Linie der Tatkraft und dem Ehrgeiz Carlo Schmid zu verdankende Konstruktion hatte jedenfalls das spätere Land Württemberg-Hohenzollern trotz oder gerade wegen seines provisorischen Charakters sehr viel früher eine leistungsfähige und in den durch die Besatzungsmacht gesteckten Grenzen auch politisch handlungsfähige Regierung als die anderen Länder der französischen Besatzungszone²².

Einige der bisherigen Landesdelegierten für das französisch besetzte Württemberg wurden von Schmid als „Landesdirektoren“ in das neue Staatssekretariat übernommen: Lothar Rossmann für den Bereich Inneres und Gustav Kilpper für Wirtschaft. Neu hinzu kamen Paul Binder für Finanzen und Clemens Moser (bisher Regierungspräsident von Hohenzollern) für Arbeit²³. Schmid selbst übernahm die Ressorts Justiz und Kultus, Erziehung und Kunst. Der bisherige Landesdelegierte für Justiz, Gebhard Müller, wurde Ministerialdirektor in der Landesdirektion für Justiz. Nach der Bildung der Parteien Anfang 1946 gehörten Schmid und Rossmann der SPD an, Binder, Moser und Müller der CDU, Kilpper blieb unabhängig. In den ersten beiden Artikeln des von Carlo Schmid verfaßten, kurz und bündig gehaltenen „Statuts des Staatssekretariats für das französisch besetzte Gebiet Württembergs und Hohenzollern“ wurde die Verbindung mit der Stuttgarter Landesregierung stark betont und die Absicht hervorgehoben, in beiden Landesteilen einheitliche Rechts- und Verwaltungsgrundsätze zu bewahren²⁴.

²¹ Aufzeichnung Schmid's über die Errichtung des Staatssekretariats und Niederschrift über die Eröffnungssitzung in: StA Sigm., Film IV 923, Bestand Wü 2/767, S. 109 ff.

²² Rheinland-Pfalz entstand erst im Laufe des Jahres 1946 und wurde bis Ende 1946 durch eine „Gemischte Kommission“ aus Mitgliedern der Oberpräsidien geleitet; Südbaden hatte 1945/46 lediglich ein von der Besatzung eingesetztes Direktorium (Rat der Ministerialdirektoren); siehe Handbuch politischer Institutionen und Organisationen 1945–1949, bearb. von Heinrich Pothhoff und Rüdiger Wenzel, Düsseldorf 1983, S. 77 u. 74; vgl. dazu auch die anonym erschienene (teilw. Eschenburg zugeschriebene) Schrift: Baden 1945–1951, was nicht in der Zeitung steht, Darmstadt 1951, S. 9.

²³ Niederschrift über die 1. Sitzung der Landesdirektoren am 16. Oktober 1945, StA Sigm., Film S IV 923, Wü 2/774, S. 3. Vgl. auch Gebhard Müller in: Tübing. Blätter, S. 3; Klaus-Dietmar Henke, Politische Säuberung unter französischer Besatzung. Die Entnazifizierung in Württemberg-Hohenzollern, Stuttgart 1981, S. 44 ff.

²⁴ Siehe Faksimile-Wiedergabe des Statuts im Frontispiz des Bandes: Das Land Württemberg-Hohenzollern 1945–1952. Darstellungen und Erinnerungen. Hrsg. von Max Gögler und Gregor Richter in Verbindung mit Gebhard Müller, Sigmaringen 1982.

Die Beziehungen zur Stuttgarter Regierung sollten so eng wie möglich bleiben. Carlo Schmid hat einmal davon gesprochen, man habe sich „lediglich als eine Art von Abwesenheitspfleger gefühlt“²⁵. Er selbst war es in erster Linie, der das Band zwischen Nord- und Südwürttemberg zusammenhielt. Der ihm anfangs eher reserviert gegenüberstehende Reinhold Maier schreibt darüber später fast enthusiastisch: „In der Amerikaner- und Franzosenzeit unseres Landes Württemberg gab es einen, einen einzigen Mann, der stand mit einem Fuß in Tübingen, mit dem anderen ebenso fest in Stuttgart . . . Das war Carlo Schmid. Wie dieses Kunststück, den prominentesten Mann von Württemberg-Hohenzollern in das Kabinett von Württemberg-Baden zu berufen und ihn viele Jahre dort zu belassen, gelingen konnte, geht auf eine informelle Behandlung der Angelegenheit in ihrem Anfangsstadium zurück. Carlo Schmid war in unseren Kabinettsitzungen einfach da und er war immer da . . . Stuttgart wußte über ihn, was in Tübingen vorging, und in gleicher Weise Tübingen über Stuttgart.“²⁶ Tatsächlich lautet in sehr vielen Sitzungsprotokollen des Staatssekretariats und der späteren provisorischen Regierung von Württemberg-Hohenzollern bis zur Wahl des Staatspräsidenten Bock im Juli 1947 einer der ersten Tagesordnungspunkte jeweils: Bericht des Staatsrats Schmid über die Stuttgarter Kabinettsitzung.

Schon in der sogenannten „Eröffnungssitzung“ des Staatssekretariats wurden regelmäßige Besprechungen zwischen dem Kabinettsdirektor des Gouverneurs, Oberst Corbin de Mangoux, oder dem Gouverneur Widmer selbst festgelegt. Zweimal im Monat sollten gemeinsame Besprechungen der Landesdirektoren mit den Abteilungsleitern der Militärregierung stattfinden. Bald wurde es aber üblich, daß Schmid alle wesentlichen Probleme, auch die der einzelnen Ressorts, alleine mit Corbin de Mangoux oder Widmer besprach und aushandelte. Für die Franzosen war das viel einfacher, denn da brauchte man keinen Dolmetscher, und Schmid's Hang zu einem autoritären Regierungsstil kam diese Prozedur sehr entgegen. Die starke, dank ihres unmittelbaren Zugangs zu den Militärgouverneuren herausragende, ja autoritäre Stellung der Ministerpräsidenten in der Besatzungszeit, wie sie Eschenburg einmal charakterisierte, traf auf Carlo Schmid wohl in ganz besonderem Maße zu, zumal er während seiner Regierungszeit von keinem Parlament abhängig war und mit der Institution der Landrätetagungen wirklich eine Art „demokratisch organisierten Obrigkeitsstaat“ praktizierte²⁷. Ein solcher Regierungs-

²⁵ Zit. bei Theodor Eschenburg, Aus den Anfängen des Landes Württemberg-Hohenzollern, in: Festgabe für Carlo Schmid zum 65. Geburtstag, hrsg. von Theodor Eschenburg, Theodor Heuss und Georg-August Zinn, Tübingen 1962, S. 57–80 (Zitat S. 61), in verkürzter Form auch in: VfZ 10 (1962), S. 264–279 (Zitat S. 266). Siehe auch Schmid's Rechenschaftsbericht in der 1. Sitzung der Verfassunggebenden Landesversammlung für Württemberg-Hohenzollern v. 22. 11. 46, Prot. S. 7.

²⁶ Reinhold Maier, Ein Grundstein wird gelegt. Die Jahre 1945–1947, Tübingen 1964, S. 142 ff. Die kursiv gesetzten Worte sind auch vom Autor hervorgehoben.

²⁷ Vgl. Theodor Eschenburg, Regierung, Bürokratie und Parteien 1945–1949. Ihre Bedeutung für die politische Entwicklung der Bundesrepublik, in: VfZ 24 (1976), S. 58–74, bes. S. 60 ff. Über die Landrätetagungen siehe Eschenburg, Aus den Anfängen, S. 69 ff.

stil der „aufgeklärten Demokratie“ (so Schmid selbst) entsprach auch durchaus dem Denken der in der alten zentralistischen, staatsbewußten Tradition Frankreichs ausgebildeten Verwaltungsbeamten und Offiziere der Militärregierung. Im übrigen gewährten die Franzosen in der Gestaltung der Verwaltung, im Aufbau der bürokratischen Ordnung und in damit zusammenhängenden Gesetzgebungsreichen den Deutschen in weit größerem Ausmaß freie Hand als etwa die Amerikaner²⁸.

Wie vielfach bezeugt wird, kümmerte sich Carlo Schmid nicht viel um die Einzelheiten der Verwaltungsgeschäfte. Sein Hauptinteresse galt der Universität, die schon am 15. Oktober 1945 den Lehrbetrieb wieder aufnehmen konnte. Um ihren Ausbau durch Angliederung der nach Tübingen und Hechingen evakuierten Kaiser-Wilhelm-Institute und durch die Berufung bedeutender Professoren (u. a. Spranger, Guardini, Butenandt) erwarb sich Schmid besondere Verdienste. Mit dem französischen Universitätsoffizier René Cheval, einem jungen Germanisten, verstand er sich ausgezeichnet. Eigene Initiativen entwickelte er auch in der Sorge um die Jugenderziehung und die Wiedereingliederung verzweifelter HJ-Führer in die Gesellschaft²⁹. Die Leitung des Justizressorts überließ er weitgehend seinem Ministerialdirektor Gebhard Müller, auch noch, als dieser Fraktionsvorsitzender der CDU im Landtag geworden war. Schmid war auch kein Mann, der gern lange Schriftsätze verfaßte³⁰, er verhandelte und besprach lieber das Wesentliche mit seinen Direktoriumskollegen und Mitarbeitern – er hatte Geschick, tüchtige Leute auszuwählen – und mit den Franzosen.

Dank seiner Eloquenz und der Fähigkeit, den Vertretern der Militärregierung gegenüber in freier Rede in deren eigener Sprache und Ausdrucksweise argumentieren zu können – mit den geflügelten Worten ihrer großen Schriftsteller genauso gewandt umgehend wie mit den Feinheiten ihrer Advokatensprache –, hat er viele Vertreter der Besatzungsmacht stark beeindruckt. Er konnte sich auch ihnen gegenüber Autorität verschaffen und auf ihrer Seite Freunde gewinnen. „Unermüdlich, langsam und gewandt nahm er den Franzosen die Regierung ab, wo immer er es

²⁸ Eschenburg, *Aus den Anfängen*, S. 62.

²⁹ Vgl. dazu den schon erwähnten Band „Wiedergeburt des Geistes“ (Anm. 15); Hellmuth Auerbach, Carlo Schmid und die französische Kulturpolitik in Württemberg-Hohenzollern 1945–1949, in: *Frankreichs Kulturpolitik in Deutschland, 1945–1950* (Anm. 15), S. 311–317; sowie weitere Beiträge in diesem Band (insbes. die von Th. Eschenburg und Martin Schmid), und in: *Französische Kulturpolitik in Deutschland 1945–1949. Bericht und Dokumente*, hrsg. von Jérôme Vaillant, Konstanz 1984; darin Henri Humblot über die Behandlung der HJ-Führer; dazu auch Schmid, *Erinnerungen*, S. 257 ff.

³⁰ Es fällt auf, wieviel knapper von Schmid geführte Protokolle über Besprechungen mit den Vertretern der Militärregierung abgefaßt sind, als solche anderer Landesdirektoren oder der späteren Regierungen Bock und Müller. Schmid's Nachlaß im Archiv der sozialen Demokratie enthält eine umfangreiche an ihn gerichtete Korrespondenz. Er selbst beantwortete Briefe meist nur mit wenigen Zeilen. Seine Erinnerungen hat er auf Tonband gesprochen, dann wurden sie für den Druck redigiert, vor allem zusammengestrichen. Was übrigblieb, sind auch hier vielfach recht knappe Aussagen.

konnte und führte die Aufgaben in die deutsche Zuständigkeit über, ein Unterfangen, das umso schwieriger war, als die Deutschen völlig entrechtet waren. Es war daher nicht eine Sache des Rechtsanspruchs, sondern der Beharrlichkeit und Geschicklichkeit, die Führung des Landes wieder stückweise in die eigene Hand zu nehmen. Das war ein langer, an Rückschlägen, Enttäuschungen und Mißerfolgen reicher Weg, den auch Freunde und Mitarbeiter nicht immer verstanden haben. Es bleibt aber Carlo Schmid's eigene und große Leistung, bei der ihn seine Regierungskollegen maßgeblich unterstützt haben.“ So urteilt sein ehemaliger Mitarbeiter und späterer parteipolitischer Gegner in einem historischen Rechenschaftsbericht³¹. Natürlich gab es bald Leute im Lande, die es Carlo Schmid übernahmen, wie er sich an die Spitze des Direktoriums gesetzt hatte und nun „über allen schwebend“ regierte. Aber auch seine Gegner mußten zugeben, daß Württemberg-Hohenzollern mit ihm den Mann an der Spitze hatte, der mit der französischen Besatzungsmacht am besten umgehen konnte.

Die Haltung der Besatzungsmacht

Bei Beurteilung der französischen Besatzungspolitik und ihrem Vergleich mit der der beiden anderen Westmächte wird häufig außer acht gelassen oder zu wenig berücksichtigt, daß Frankreich gerade erst vier Jahre lang unter einer sehr harten deutschen Besetzung zu leiden gehabt hatte³². Am Ende des Krieges war die wirtschaftliche Situation Frankreichs kaum besser als die des besetzten Deutschland; auch die Ernährung war in weiten Teilen des Landes, vor allem in den Städten, noch lange sehr mangelhaft. Daß nun in Frankreich allenthalben der Ruf nach Wiedergutmachung der von den Deutschen angerichteten Schäden erschalle und dazu noch Schmerzensgelder aller Art gefordert wurden, ist sehr verständlich, – auch daß in mancher Hinsicht die gleichen oder ähnliche Methoden angewandt wurden wie vorher von den Deutschen in Frankreich. Die Höhe der französischen Forderungen und die Entnahmen aus der wirtschaftlich relativ schwachen Besatzungszone wurden nicht zuletzt deshalb auf deutscher Seite als besonders hart und ungerechtfertigt empfunden, weil man das Ausmaß der deutschen Auspowerung Frankreichs während des Krieges nicht kannte oder nicht wahrhaben wollte.

Dartüber hinaus war die Haltung der französischen Besatzung von dem Verlangen bestimmt, es diesem Nachbarvolk ein für allemal unmöglich zu machen, wieder

³¹ Rede von Staatspräsident a. D. Professor Dr. Gebhard Müller anlässlich der Veranstaltung „Süd-württemberg-Hohenzollern 1945–1972“ am 10. November 1972 in Trossingen, hrsg. vom Regierungspräsidium Tübingen, 1973, Zitat S. 10 f.

³² Einen knappen Überblick dazu gibt Peter Claus Hartmann in: *Oberrheinische Studien V* (Landesgeschichte und Zeitgeschichte: Kriegsende 1945 und demokratischer Neubeginn am Oberrhein, hrsg. vom Hansmartin Schwarzmaier), 1980, S. 179–192. Zur politischen Seite der deutschen Besetzung siehe Eberhard Jäckel, *Frankreich in Hitlers Europa*, Stuttgart 1966, zur wirtschaftlichen Christoph Buchheim, *Die besetzten Länder im Dienste der deutschen Kriegswirtschaft während des Zweiten Weltkriegs*, in: *VfZ* 34 (1986), S. 117–145, bes. S. 128–132.

einen Krieg zu beginnen und nach Frankreich einzufallen, wie nun schon dreimal innerhalb von sieben Jahren. Das Mißtrauen gegenüber den Deutschen saß bei den Franzosen sehr viel tiefer als bei ihren Verbündeten und Besatzungskollegen. Der Chef der französischen Militärverwaltung in Deutschland, Emile Laffon, hat diese psychologische Ausgangsposition der Besatzung sehr deutlich umrissen: „Von Deutschland verheert und geschwächt, betrachtet Frankreich die gegenwärtige Situation dieses Landes als eine Sühne und zwar eine verdiente Sühne. Wenn andere mit den zerstörten deutschen Städten und mit dem Schicksal der umherirrenden Menschen Mitleid haben können, den Franzosen ist die Erfahrung ihrer Leiden – die unverdient waren – noch zu nahe, als daß sie an solchem Mitleide teilhaben könnten. Aber so natürlich diese Gefühle auch sein mögen, man muß trotzdem der Versuchung des Grolls und der Rache widerstehen können. Die Franzosen in Deutschland und die Franzosen in Frankreich müssen sich selbst überwinden, um eine Haltung kühler Festigkeit und sachlicher Strenge gegenüber den Deutschen einzunehmen. Zu einem gewissen Grad sind alle Deutschen verantwortlich, zumindest weil sie ein Regime zu passiv hingenommen haben, dessen Schandtaten und Verbrechen ihnen nicht verborgen bleiben konnten . . . Wie dem auch sei, das Problem stellt sich ganz anders für einen Franzosen, der unter der Besatzung gelitten hat und der fast in jedem Fall unter den Seinen einen Füsilierten, einen Deportierten oder einen Gefangenen hat, als für einen Amerikaner zum Beispiel, der im Deutschen nur den Feind sieht, dem er auf den Schlachtfeldern begegnet ist.“³³

Es ist hier nicht der Platz, einen Aufriß der französischen Besatzungspolitik zu geben³⁴. Festzustellen ist jedoch, daß diese infolge der im Vergleich zu den anderen Westmächten wesentlich kürzeren Vorbereitungszeit auf Improvisationen angewiesen war und einer durchgehenden Konzeption ermangelte³⁵. Daraus ergaben sich

³³ Emile Laffon, Administrateur Général du Gouvernement Militaire: Introduction zu Cahiers Français d'Information, Bulletin bimensuel publié par la Présidence du Conseil, No.77 vom 1.2. 1947, S.6.

³⁴ Eine befriedigende Gesamtdarstellung der französischen Besatzungspolitik in Deutschland liegt noch nicht vor; sie kann heute auch nur noch anhand der inzwischen zugänglichen Akten der französischen Besatzungsverwaltung in den Archives de l'Occupation in Colmar geschrieben werden. Es sei hier lediglich verwiesen auf den Band: Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die französische Zone 1945–1949, hrsg. von Claus Scharf und Hans-Jürgen Schröder, Wiesbaden 1983, den darin enthaltenen dezidiert kritischen Aufsatz von Klaus-Dietmar Henke, Politik der Widersprüche. Zur Charakteristik der französischen Militärregierung in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg (auch in: VfZ 30 (1982), S. 500–537), sowie den ebenfalls dort abgedruckten ausführlichen Literaturbericht von Rainer Hudemann, Französische Besatzungszone 1945–1952 (zuerst in: Neue Politische Literatur 26 (1981), S. 325–360); neuerdings außerdem: Die französische Deutschlandpolitik zwischen 1945 und 1949, hrsg. vom Institut Français de Stuttgart, Tübingen 1987, und das einleitende Kapitel in: Rainer Hudemann, Sozialpolitik im deutschen Südwesten zwischen Tradition und Neuordnung 1945–1953. Sozialversicherung und Kriegsopferversorgung im Rahmen französischer Besatzungspolitik, Mainz 1988.

³⁵ Zu den Anfangsschwierigkeiten siehe Klaus-Dietmar Henke, Aspekte französischer Besatzungspolitik in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Miscellanea. Festschrift für Helmut Krausnick zum 75. Geburtstag, hrsg. von Wolfgang Benz, Stuttgart 1980, S. 169–191.

lange nachwirkende Kompetenzprobleme und Unklarheiten über die Richtlinien und beträchtliche Rivalitäten zwischen den Dienststellen in vertikaler wie horizontaler Richtung³⁶. Die wohl auf eigenen Erfahrungen beruhende Schilderung von Alfred Grosser wird von französischer wie von deutscher Seite bestätigt: „Der Oberbefehlshaber in Baden-Baden verfuhr wie ein Prokonsul und hielt sich nicht allzu streng an die Anweisungen, die er aus Paris bekam. Die Provinzdelegierten in Koblenz, Freiburg und Tübingen drängten sich kaum danach, den Befehlen aus Baden-Baden nachzukommen. Auf Bezirks- und Kreisebene ging es nicht anders. Jeder war glücklich, zu regieren und eine fast absolute Autorität auszuüben.“³⁷ Besonders auf Kreisebene waren die Verhältnisse sehr unterschiedlich. Mancher Kreisgouverneur hatte den Ehrgeiz, in seinem Bereich Wirtschaft, Handel und Kultur möglichst rasch und gut wieder zum Blühen zu bringen, und arbeitete mit dem Landrat und anderen deutschen Institutionen, die das gleiche Interesse hatten, vorzüglich zusammen, andere führten sich im Bewußtsein ihrer Machtfülle und Siegherrlichkeit auf wie „rois de nègres“³⁸. Englischen und amerikanischen Besuchern der Zone fiel die Ähnlichkeit des Stils mit den französischen Kolonialverwaltungen in Nordafrika oder Indochina auf: ein Großteil der Truppen bestand aus Nordafrikanern, und die Offiziere hatten vielfach vorher Kommandos in Marokko oder Algerien³⁹. Das Gros der Armee des Freien Frankreichs unter der Führung de Gaulles ist eben 1943 in Nordafrika aufgestellt worden. Die meisten nordafrikanischen Truppenteile sind aber schon 1945/46 zurückgezogen worden; es blieben lediglich einige solche Verbände zu Repräsentationszwecken in den Residenzstädten, die natürlich jedem Besucher auffielen. Einer der besten britischen Kenner der Besatzungsverwaltung in Deutschland, Chaput de Saintonge, gewann auf einer ausgedehnten Reise durch die französische Zone im September 1947 ein sehr positives Bild: „I was very favourably impressed with the earnest and capacity of the French administrators whom I met. They appeared to me unusually well qualified for the tasks at hand and thoroughly conversant with the problems of German administration.“⁴⁰

Die Kompetenzprobleme und Rivalitäten in der französischen Besatzungsverwaltung vergrößerten natürlich bei geschickter Ausnutzung den Spielraum der deut-

³⁶ Vgl. z.B. Einleitung und Beitrag Humblot in: Französische Kulturpolitik in Deutschland 1945–1949, hrsg. von J. Vaillant. Anlässlich verschiedener Tagungen wurde von damals als Besatzungsoffiziere tätigen französischen Teilnehmern bezeugt, daß es ihnen an Richtlinien mangelte und sie manche Anordnungen, die ihren Arbeitsbereich betrafen, erst durch die sich jetzt damit befassenden Historiker kennengelernt haben!

³⁷ Alfred Grosser, *La IV^e République et sa politique extérieure*, 3. Aufl. Paris 1972, S. 200; deutsch in: ders., *Deutschlandbilanz. Geschichte Deutschlands seit 1945*, München 1970, S. 79.

³⁸ Eine Bezeichnung von französischer Seite, die Schmid in der Fassung seiner Erinnerungen (AsD), S. 685, wiedergibt.

³⁹ Am deutlichsten tritt das hervor in dem sehr subjektiven Bericht von A. G. Gilchrist über eine Reise des britischen Lord Chancellors in die französische Zone im Juni 1948, PRO, C 5023/109/18.

⁴⁰ R. A. Chaput de Saintonge (damals Assistant Secretary im Control Office for Germany and Austria), *Visit to the French Zone of Germany, 19th to 26th September 1947*, PRO, C 13869/173/18.

sehen Seite, vor allem wenn sich ein Vertrauensverhältnis zwischen Besatzungsvertretern und deutschen Politikern und Beamten entwickelte⁴¹. Württemberg-Hohenzollern nahm insofern dabei auch noch eine gewisse Sonderstellung ein, als man von französischer Seite wegen der Hoffnung, dieses Gebiet gegen Nordbaden austauschen zu können, vielfach weniger streng eingriff und den Deutschen mehr Eigeninitiative zugestand. Vom wirtschaftlichen Bereich abgesehen, wo auch hier bis Ende 1948 die Besatzungsmacht sich alle wesentlichen Zuständigkeiten vorbehielt⁴², reduzierten sich die mehr oder weniger direkten Verwaltungseingriffe in Württemberg eher zu einer „sich auf Kontrolle beschränkenden Oberaufsicht“⁴³.

Das lag sicher nicht zuletzt an der Person des französischen Gouverneurs in Tübingen (sein offizieller Titel lautete „Délégué Supérieur pour le Wurtemberg“), Guillaume Widmer. Widmer war von der Ausbildung her ein Verwaltungsfachmann und kein Militär, Inspecteur des Finances und ehemaliger Präfekt. Weniger Gefolgsman de Gaulles wie etwa General Koenig und andere Landesgouverneure, stand er den deutschen Belangen aufgeschlossener gegenüber und zeigte eine liberale Haltung. Sein Kabinettschef, Corbin de Mangoux, kam ebenfalls aus der Verwaltung und vertrat die gleichen Auffassungen.

Schmid's Beziehungen zu diesen Spitzenmännern der Tübinger Militärregierung wurden so eng, daß schließlich keine Woche verging, ohne daß er mit einem von beiden konferierte⁴⁴. Das schuf eine Vertrauensbasis, die es erlaubte, auch harte Verhandlungen um die wirtschaftlichen Nöte des Landes, die damals natürlich im Vordergrund standen, ohne Schärfe zu führen. Schmid hatte ja erst wenige Jahre vorher selbst das Wirken einer Besatzungsmacht auf der anderen Seite kennengelernt. In einigen etwas ausführlicheren privaten Briefen, die Schmid gegen Ende 1945 schrieb, kommt die Befriedigung über eine annehmbare Zusammenarbeit zum Ausdruck: „... Immerhin bin ich froh, in der französischen Zone zu sein, wo eine durchaus menschliche Atmosphäre herrscht und ein konstruktiver Wille zu spüren ist. Ich bin guter Hoffnung und es könnte sein, daß später einmal man es für sinnvoll halten könnte, daß ich unters Joch gegangen bin.“⁴⁵ „Ich kann die französische Militärregierung in unserer Zone nur loben. Im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten sind ihre Vertreter durchaus bereit, mit uns zusammen konstruktive Arbeit zu

⁴¹ Zuzustimmen ist R. Hudemanns Feststellung: „Die Formen deutsch-französischer Interaktion unter Besatzungsbedingungen sind vielfältiger und die deutschen Einwirkungsmöglichkeiten größer gewesen, als die Landesregierungen der Nachkriegszeit sie darstellten und als die Forschung sie bislang in der Regel bewertet.“ Siehe seinen Beitrag: Wirkungen französischer Besatzungspolitik: Forschungsprobleme und Ansätze zu einer Bilanz, in: Westdeutschland 1945–1955, hrsg. von Ludolf Herbst, München 1986, S. 167–181.

⁴² Das wird etwas überpointiert dokumentiert von Eberhard Konstanzer, Weisungen der französischen Militärregierung 1946–1948, in: VfZ 18 (1970), S. 204–236, und ausführlicher an Beispielen dargestellt bei Henke, Politik der Widersprüche.

⁴³ Schmid in der Urfassung der Erinnerungen (AsD), S. 719.

⁴⁴ Ebenda, S. 720 f.

⁴⁵ Brief an Frau E. Klipstein, 20. 10. 45, Nachlaß Schmid (AsD), Mappe 597.

leisten.“⁴⁶ „... Mein Amt nimmt mich voll in Anspruch, aber es befriedigt mich, weil ich sehe, daß es gut ist, daß gerade ich es bin, der dieses Amt zu tragen hat. Was ich in Lille gewirkt habe, kommt mir hier zugute; die Franzosen wissen ja genau, was ich dort getan habe und haben deswegen Vertrauen zu mir ...“⁴⁷

Natürlich empfand man es als unerträglich, daß von französischer Seite oktroyierte Vorstellungen und Maßnahmen gegenüber der Bevölkerung als deutsche Rechtsanordnungen deklariert werden mußten. „Warum traten wir da nicht zurück? Wir blieben im Amt, weil ein Rücktritt sicherlich keine Besserung gebracht hätte und nach uns andere Deutsche in der gleichen Lage gewesen wären wie wir jetzt. Was für Deutsche würden dies sein? ...“⁴⁸

Manches Übereinkommen, das mit den Tübinger Vertretern der Besatzungsmacht getroffen worden war, konnte aber aufgrund höherer Weisung nicht ausgeführt werden. Häufig machten sich die Rivalitäten innerhalb der Besatzungsmacht, zwischen den Offizieren des Kabinetts Koenig und der Verwaltung des *Gouvernement Militaire* unter Laffon, hemmend bemerkbar⁴⁹. Die Spannungen zwischen dem Oberkommandierenden („*Commandant en Chef Français en Allemagne*“), General Koenig, und seinem *Administrateur Général*, Emile Laffon, resultierten nicht nur aus der unterschiedlichen Mentalität und Arbeitsweise von Militärpersonen und Zivilbeamten, die in allen Besatzungsregimen zu Reibungen führen, sondern sie hatten hauptsächlich politische Gründe⁵⁰. Koenig war einer der engsten Gefolgsleute de Gaulles und Laffon stand eher den Sozialisten nahe. Hauptanlaß für das Zerwürfnis und die Entlassung Laffons durch Koenig am 15. November 1947 waren aber Kompetenzkonflikte und Laffons Eintreten für die Angliederung der französischen Zone an die Bizone. Mit der Umorganisation der Militärregierung im Mai 1948 konzentrierte Koenig die Machtbefugnisse weitgehend auf sich selbst.

Ein Beispiel, wie die Ergebnisse guter Zusammenarbeit zwischen dem *Gouvernement Militaire* und dem Staatssekretariat in Tübingen durch Eingriffe der höheren Dienststellen in Baden-Baden wieder zunichte gemacht wurden, bietet die Geschichte der Entnazifizierung in Württemberg-Hohenzollern⁵¹. Das unter der

⁴⁶ Brief an Gerhard Heller, 6. 12. 1945, ebenda, Mappe 599.

⁴⁷ Brief an Nicolaus Ludwig, 15. 12. 1945, ebenda, Mappe 604.

⁴⁸ Schmid in der Urfassung der Erinnerungen, S. 723.

⁴⁹ Organisationsschemata beider Institutionen bei Henke in: *Die Deutschlandpolitik Frankreichs*, S. 58–60.

⁵⁰ Dazu einiges bei Henke, *Politik der Widersprüche*, S. 510 f. (Seitenzahlen jeweils nach dem VfZ-Beitrag), aus den PRO-Akten; vgl. ferner den – im Gegensatz zu den von der Nachrichtenabteilung der amerikanischen Militärregierung (OMGUS/ODI) herausgebrachten Berichten sehr viel sorgfältiger gearbeiteten – OIR-Report des State Department „*Political and Economic Survey of the French Zone of Germany*“ vom 6. Febr. 1948, S. 7–9 (NA, RG 260 OMGUS 1948/128/4). Vgl. auch Hudemann, in: *Die französische Deutschlandpolitik*, S. 34 f., 46 f., und derselbe: *Zentralismus und Dezentralisierung in der französischen Deutschland- und Besatzungspolitik 1945–1947*, in: *Die Kapitulation von 1945 und der Neubeginn in Deutschland*, hrsg. von Winfried Becker, Köln, Wien 1987, S. 181–209, bes. S. 195.

⁵¹ Dazu ausführlich Henke, *Politische Säuberung*.

Ägide Carlo Schmid's entwickelte sehr effektive Modell der politischen Säuberung, das „eine Art Dienstleistungsprüfung unter dem Aspekt der nationalpolitischen Vergangenheit und den neuen Dienstleistungsbedürfnissen“⁵² vorsah, vom Landesdirektorium Ende Mai 1946 beschlossen worden war und den Beifall Gouverneur Widmers gefunden hatte, mußte Anfang 1947 auf Weisung der Administration général zugunsten des sehr viel schlechteren und langwierigeren Spruchkammersystems wieder aufgegeben werden – obwohl man die Entnazifizierung in Württemberg-Hohenzollern mit der bis dahin angewandten Methode schon fast abgeschlossen hatte.

Der gar nicht so lange Weg zu einer deutschen Demokratie

Die Bildung politischer Parteien demokratischen und anti-nationalsozialistischen Charakters wurde in der französischen Zone am 15. Dezember 1945 zugelassen, ein halbes Jahr später als in den anderen Besatzungszonen. Auf französischer Seite gab es Stimmen, die auch diesen Termin, schon sieben Monate nach der Kapitulation und dem Ende der NS-Diktatur, für verfrüht hielten⁵³. Dieser restriktive Kurs entsprang nicht nur der Sorge vor allzu lautstarker Kritik an der Besatzungsmacht seitens der Deutschen, sondern vor allem der Überzeugung, daß die Deutschen für eine Demokratie noch nicht reif seien. Die Entwicklung der Weimarer Republik habe dies ja gezeigt. Die Deutschen hätten nun eine längere Karenzzeit notwendig, um von der geistigen Vergiftung des Nationalsozialismus geheilt zu werden.

Demokratisierung hieß für die Franzosen in erster Linie Umerziehung, nicht nur Entnazifizierung, sondern auch „déprussification“, ja „dégermanisation“, d. h. Ausmerzungen des militaristischen, imperialistischen preußischen Geistes und der nationalistischen deutschen Überheblichkeit⁵⁴. Dies waren ein länger dauernder Prozeß und eine pädagogische Aufgabe, die eigentlich nur bei der jüngeren Generation Erfolg versprach. Der Direktor der Abteilung Bildung und Erziehung bei der Militärregierung in Baden-Baden, Raymond Schmittlein, ging davon aus, daß Deutschland mindestens zehn Jahre besetzt bleiben müsse. General Koenig sagte im September 1946 in einem Interview mit einem amerikanischen Journalisten sogar, nach seiner Ansicht müßten dreißig bis vierzig Jahre vergehen, bevor die Deutschen sich das Gedankengut der Demokratie völlig angeeignet hätten. Es sei unklug zu glauben, die Deutschen hätten sich in ihrer Haltung geändert. „Wir haben den Deutschen die

⁵² Eschenburg in: Jahre der Besetzung 1945–1949 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. von K.-D. Bracher u. a., Bd. I), Stuttgart 1983, S. 119.

⁵³ Jean Sigmund (1945/46 bei den Services de l'Enseignement du Gouvernement Militaire de Bade), L'Allemagne de 1945 à 1952, Strasbourg 1955, S. 45 f. (masch. Vorlesungsmanuskript, Bibl. d. IfZ).

⁵⁴ Dazu auch Hellmuth Auerbach, „Que faire de l'Allemagne?“ Diskussionsbeiträge französischer Deutschlandexperten 1944–1949, Beitrag zu einem Kolloquium „Frankreich und Deutschland. Kriegsende und erste Nachkriegszeit (1944–1947)“, Baden-Baden, Dezember 1986 (erscheint 1988, hrsg. vom Deutschen Histor. Institut Paris).

Möglichkeit gegeben, politische Parteien und Gewerkschaften zu bilden und Wahlen abzuhalten. Trotz aller dieser Freiheiten suchen die Deutschen leider immer noch nach irgend jemand, der sie von ihrer Verantwortlichkeit befreit.⁵⁵ Auch der britische Vizekonsul in Baden-Baden, Major Galloway, kommt in einem ausführlichen Bericht über die Entwicklung in der französischen Zone von 1945 bis 1947 zu dem Schluß: „... it will be thirty years before the Germans will be even constitutionally capable of understanding the most elementary attributes of democracy.“⁵⁶

Die Franzosen sahen darin ein sehr ernstes Problem und legten deshalb das Schwergewicht ihrer Aktivitäten in der Besatzungszone auf die Jugendziehung und Schulreform. Die Versorgung der Schulen mit neuen Lehrbüchern war trotz der Papierknappheit in der französischen Zone sehr viel besser als in allen anderen. Schmittlein und sein größtenteils aus sehr fähigen französischen Fachleuten bestehender Stab bemühten sich allerdings nicht nur um eine Änderung der Lehrinhalte im demokratischen Sinne, sondern hielten auch Reformen in Aufbau und Organisation des höheren Schulwesens für notwendig; sie stießen damit jedoch auf heftigen Widerstand deutscherseits. Auch Carlo Schmid, der das französische Schulsystem ja gut kannte, gingen manche dieser Angleichungen zu weit. Im Kampf um die Volksschule zog die Besatzungsmacht den kürzeren, die Katholische Kirche setzte ihre Konfessionalisierung durch.⁵⁷

Die ältere Generation der Deutschen hielt man weitgehend für verloren, unfähig zu einem Umdenken. Sie wollte nicht einsehen, daß es, wenn auch keine moralische, doch eine politische Kollektivschuld aller derjenigen gebe, die Hitler zu seiner Politik zugestimmt oder sie zumindest hingenommen hatten. Viele französische Beobachter der deutschen Entwicklung beklagten diese Verstocktheit⁵⁸. Emile Lafon schreibt in der schon erwähnten Einleitung zu dem Sonderheft über die französische Zone der „Cahiers Français d'Information“: „Die Deutschen haben nicht von selbst das Gefühl für ihre persönliche Mitverantwortung an den Nazi-Verbrechen. Viele glauben sich dadurch entschuldigt, daß sie sich ganz passiv verhalten haben. Sie sind alle geneigt, das Schlimme zu vergessen, das sie der Welt angetan haben, und die Vergangenheit bedrückt sie nicht. Etliche haben naiv geglaubt, daß mit dem Ende des Krieges und ihrer Niederlage eine vollkommene Vergebung sie von ihrer ganzen Schuld reinwaschen würde. Sie wollten sich lieber nicht mehr zu den Konzentrationslagern und Leichengruben zurückwenden und streiten es ab, von deren Abscheulichkeiten gewußt zu haben. Die Hinweise auf das durch deutsche Schuld

⁵⁵ Siehe Schwäbisches Tagblatt, 17. 9. 1946: „General Koenig über Deutschland“.

⁵⁶ Review of French Occupied Zone of Germany 1945–1947, mit Begleitschreiben vom 23. 1. 48 an das Foreign Office übersandt, PRO, C 647/109/18 (früher FO 371/70614).

⁵⁷ Siehe dazu Angelika Ruge-Schatz, Umerziehung und Schulpolitik in der französischen Besatzungszone 1945–1949, Frankfurt 1977; Rolf Winkeler, Schulpolitik in Württemberg-Hohenzollern 1945–1952, Stuttgart 1971; die einschlägigen Beiträge in dem Band: Französische Kulturpolitik, hrsg. von J. Vaillant.

⁵⁸ Vgl. Auerbach, „Que faire de l'Allemagne?“.

auf der Welt verursachte Elend bringt sie nicht davon ab, ihr gegenwärtiges Leid zu beklagen, das sie auszunutzen versuchen, um das Mitleid der Philanthropen auf sich zu ziehen.“⁵⁹

Angesichts dieses Bildes von der Mehrheit der Deutschen mußte die Rede um so mehr auffallen, die Carlo Schmid anlässlich der Einweihung eines Friedhofs für Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Schömberg (Kreis Balingen) am 23. Oktober 1946 hielt. Dort am Fuße der Schwäbischen Alb befand sich von Ende 1943 bis Mitte April 1945 ein Außenkommando des Konzentrationslagers Natzweiler, in dem etwa zweitausend Insassen an Hungertyphus gestorben waren. Schmid schreibt in seinen Erinnerungen: „Ich hatte von dem Konzentrationslager, das keine fünfundzwanzig Kilometer von Tübingen entfernt war, nicht gewußt, und ich kannte niemanden, der etwas davon gewußt hätte.“⁶⁰ Nach dem Kriege entdeckte man Massengräber; die Franzosen veranlaßten eine Exhumierung der Leichen und die Anlage eines Friedhofs mit einem hohen Kreuz als Mahnmal auf dem Gelände des ehemaligen Lagers. Die Einweihung dieser Gedenkstätte wurde mit großem Zeremoniell begangen, General Koenig erschien persönlich und in seinem Gefolge auch eine größere Zahl französischer Journalisten. Noch vor Koenig hielt Schmid, erst deutsch, dann französisch, eine Ansprache, „die alle Anwesenden beeindruckt hat, sowohl durch ihren ergreifenden Ton wie durch die Deutlichkeit, mit der er anlässlich dieser Zeremonie die Frage der Verantwortung Deutschlands behandelt hat“⁶¹. In der französischen Presse wurde viel über diese Rede geschrieben, wenn auch häufig mit einem Unterton von Mißtrauen, ob es dieser Deutsche auch ehrlich gemeint hat. General Koenig, der Schmid bei dieser Gelegenheit zum erstenmal begegnet ist, war davon überzeugt. In der deutschen Presse erschien in den folgenden Tagen überall ein Foto, das Carlo Schmid in tiefer Verneigung vor General Koenig zeigte. Es wurde vielfach zum Anlaß genommen, Schmid Unterwürfigkeit gegenüber der Besatzungsmacht vorzuwerfen. Dieser Vorwurf kränkte ihn sehr und bewog ihn, künftig in öffentlichen Reden die französische Militärregierung stärker zu kritisieren, um diesen Eindruck zu korrigieren⁶².

Im monatlichen Bulletin des Commandement en Chef Français en Allemagne (CCFA) von 1946 wird immer wieder berichtet, das politische Leben in Württemberg sei wenig entwickelt, die Bevölkerung interessiere sich kaum für die seit Anfang des Jahres zugelassenen Parteien (CDU, SPD, KPD und Demokratische Volkspartei = DVP, die spätere FDP). Bei der Landrätetagung in Sigmaringen am 7. September 1946, also eine Woche vor den Gemeindewahlen, mußte Schmid feststellen, daß manche Kreise noch gar keine Wahlvorschläge vorgelegt hatten, und sprach von

⁵⁹ Emile Laffon, Introduction, S. 9.

⁶⁰ Schmid, Erinnerungen, S. 264.

⁶¹ So der Bericht in: La France en Allemagne, No. 3, Okt.-Dez. 1946, S. 26 ff., Zitat S. 28. Schmid's Ansprache ist abgedruckt in den Erinnerungen, S. 265–267.

⁶² Vgl. AOFA, CC, Paquet 27, Pol II B – Personnalités – S, Note pour la Section Politique, ohne Datum.

einer „allgemeinen politischen Müdigkeit“⁶³. Bei diesen Wahlen erhielten die parteiunabhängigen Kandidaten fast ebenso viele Stimmen wie die stärkste Partei, die CDU, nämlich über 30%.

Ein spezieller französischer Bericht über die Entwicklung der politischen Parteien in der Zone vom Sommer 1946 kommt denn auch zu der Schlussfolgerung, daß das Erwachen der öffentlichen Meinung nur langsam vor sich gehe und auch noch nicht alle Teile der Bevölkerung erreicht habe⁶⁴. Zumindest in der Zeit vor der Währungsreform (Juni 1948) standen für die große Mehrheit der Bevölkerung die materiellen Probleme, die Sorge um Ernährung und Heizung so sehr im Vordergrund, daß sie sich kaum um darüber hinaus reichende Dinge, oft nicht einmal um die Gemeindepolitik, kümmerte.

Die laizistisch eingestellten, an die strikte Trennung von Kirche und Staat gewohnten französischen Besatzungsoffiziere stellten allenthalben mit Staunen fest, welche starke politische Stellung der Klerus im katholischen Südwestdeutschland hatte, der nun für die CDU aktiv wurde. Die weitaus stärkste politische Partei Württemberg-Hohenzollerns, die CDU, gehorchte den Weisungen des Bischofs von Rottenburg, die Parteispitze bestand größtenteils aus Personen aus seiner Umgebung. Die Pfarrer waren die besten Gehilfen der Partei, die katholischen jedenfalls⁶⁵.

Der Erfolg dieser Unterstützung seitens der Kirche zeigte sich deutlich bei den Kreistagswahlen: In sechs (von 17) Kreisen erreichte die CDU über 80%, in vier weiteren über 70%. Insgesamt erhielt die CDU nun 62,8%, die SPD 19,9%, die DVP 10,4% und die KPD 7% der Stimmen.

Koenig hätte die Abhaltung von Wahlen in der französischen Zone wohl gerne noch hinausgeschoben, wurde aber von Paris gedrängt, sie so bald wie möglich abzuhalten – auch um eine Anlehnung der Parteien an deren schon kräftiger gewordene Organisationen in den anderen Zonen und eine damit zu erwartende Verstärkung reichseinheitlicher Tendenzen zu vermeiden. Sowohl die Gemeinde- wie die Kreistagswahlen fanden schließlich an denselben Tagen statt wie in der britischen

⁶³ Gedrucktes Protokoll der 11. Landrätetagung der franz. bes. Zone Württembergs und Hohenzollerns am 7. September 1946 in Sigmaringen, S. 5 (Archiv des IfZ).

⁶⁴ Rapport Vernier sur l'Activité des partis politiques allemands dans la zone française d'occupation, am 25. 6. 1946 von Tarbé de Saint-Hardouin (Conseiller Politique du CCFA) an das Außenministerium gesandt, AAE, Z Europe 1944–1949, Allemagne, Vol. 49, Zitat S. 140. Siehe dazu und zum Folgenden auch: Schnabel, Württemberg, S. 632 ff.

⁶⁵ „La C. D. U. trouve dans le curé un excellent auxiliaire lors des consultations électorales. En revanche, le pasteur semble plus réticent.“ Sigmann, L'Allemagne, S. 54. Ähnlich in: Field Report on the French Zone in Germany, Foundation for Foreign Affairs, Washington 1946, S. 21: „The C. D. U. enjoys the complete support of the churches . . . The active participation of the clergy in all spheres – political, social and youth movements – gives this party a ready frame-work that is not decimated by denazification, a task left to the church itself!“ Zu den Anfängen der CDU in Süd-Württemberg allgemein vgl. Uwe Dietrich Adam, Die CDU in Württemberg-Hohenzollern, in: Die CDU in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, hrsg. von Paul-Ludwig Weinacht, Stuttgart 1978, S. 163–191; hier wird der starke Einfluß des Klerus auf die Partei wohl absichtlich nicht hervorgehoben.

Zone (15.9. bzw. 13.10. 1946)⁶⁶. Das war zwar jeweils vier bis sechs Monate später als in der amerikanischen Zone, nach Ansicht vieler Franzosen aber eben doch noch zu früh.

Folge des hohen CDU-Sieges bei den Kreistagswahlen war Anfang Dezember eine Umbildung und Erweiterung des Staatssekretariats, das nun die Bezeichnung „Provisorische Regierung“ bekam. Carlo Schmid behielt zwar das Präsidium und das Justizressort, gab aber die kulturellen Angelegenheiten und das Erziehungswesen an den CDU-Politiker Albert Sauer ab; die Wirtschaft übernahm Eberhard Wildermuth (DVP), für Landwirtschaft und Ernährung wurde Franz Weiß (CDU) zuständig, für den Bereich Inneres Viktor Renner (SPD). Die beiden CDU-Staatssekretäre Moser und Binder blieben in ihren bisherigen Ämtern (Arbeit bzw. Finanzen), letzterer wurde Schmid's Stellvertreter. Württemberg-Hohenzollern war und blieb das einzige Land in den Westzonen, in dessen Regierung nie ein Kommunist aufgenommen wurde. „Das verstand Schmid zu verhindern“, schrieb Eschenburg rückblickend⁶⁷.

Carlo Schmid und die SPD

Schon in der Tübinger „Demokratischen Vereinigung“ des Sommers 1945 hatte Schmid engeren Kontakt zu ehemaligen SPD-Mitgliedern der Weimarer Zeit gefunden. Mit ihnen und den alten Reutlinger Sozialdemokraten, dem von den Franzosen eingesetzten Oberbürgermeister Oskar Kalbfell und seinem Stadtdirektor Otto Künzel, ging er sehr bald daran, die Partei zu reorganisieren. Sozialdemokratischem Gedankengut, soweit es nicht dogmatisch verengt war, stand Schmid von je her nicht ferne. „Ich war für eine Veränderung der Gesellschaft, ich war für eine Vermenschlichung des Staates, ich war für eine ‚linke‘ Politik, weil ‚links die Herzseite der Menschheit ist‘“, schreibt er etwas vage über seine Haltung nach dem Ende

⁶⁶ In dem Special Intelligence Summary von OMGUS/ODI „France in Germany“ vom 18.10. 1947 heißt es hinsichtlich der Wiedereingangssetzung des politischen Lebens: „French authorities usually point to the fact that the American example compelled the French to take similar steps which would otherwise have been postponed for some time longer, in the interest of the Germans themselves“. The Germans, so they say, could hardly be expected to understand the true rules of democracy sufficiently after so short a period of preparation and education ...“ (RG 260 OMGUS/ODI 3/429-318). Auf dem Auszug aus einem Brief von G. Clauzel (diplomat. Mitarbeiter bei der Groupe Français du Conseil de Contrôle) an Tarbé de Saint Hardouin vom 9. 3. 1946 über ein Gespräch mit Sir William Strang (dem polit. Berater der britischen Militärregierung), bei dem dieser von der Absicht, „spätestens im Juli“ in der britischen Zone Wahlen abhalten zu lassen, berichtet, hat Saint Hardouin handschriftlich vermerkt: „Prière de communiquer au général Koenig en lui indiquant que M. Bidault m'a chargé de lui dire qu'il était personnellement partisan de faire le plus tôt possible les élections de notre zone, le temps perdu risquant d'agir en faveur des partisans de l'unité du Reich.“ AOF, C. C. F. A. Conseiller Politique, C-III-1/i Elections 1946-47. Zu den Wahlergebnissen vgl. Württemberg in Zahlen, Ztschr. f. Statistik u. Landeskunde 1 (1946), H. 5/6.

⁶⁷ Eschenburg, Aus den Anfängen, S. 65 f.; auch bei anderen Gelegenheiten wies er darauf gerne hin.

des Ersten Weltkriegs⁶⁸. Während der Tübinger Studentenjahre machte er in der Sozialistischen Studentengruppe mit. Ein ganz allgemeines humanistisch-soziales Verantwortungsgefühl bewog ihn in der Situation von 1945, politisch tätig zu werden. Er hielt es dabei für notwendig, einer Partei beizutreten: „... mir schien, daß eine Partei mit der Tradition der SPD am ehesten die Gewähr dafür bot, daß einige meiner Vorstellungen von dem, was die Stunde uns abforderte, verwirklicht werden könnten. Ohne den Rückhalt und die Tribüne einer Partei würde es nicht möglich sein, Einfluß auf das öffentliche Geschehen in Deutschland zu nehmen.“⁶⁹

Als Schmid Ende September 1945 Vertretern der französischen Besatzungsmacht gegenüber die Absicht äußerte, in Tübingen die SPD wieder aufleben zu lassen, bekam er zur Antwort, dazu sei es noch zu früh. Die Deutschen würden sich noch länger mit „Administration“ begnügen müssen. Die „phase politique“ werde noch einige Zeit auf sich warten lassen⁷⁰. Sie kam dann doch schneller, als diese Herren selbst angenommen hatten – wie schon erwähnt, noch im Dezember 1945.

Zusammen mit Oskar Kalbfell konnte Carlo Schmid am 12. Januar 1946 der SPD-Versammlung in Stuttgart-Degerloch beiwohnen, auf der Kurt Schumacher erstmals nach dem Kriege in Württemberg sprach und einen Bericht über die Lage der Gesamtpartei in Deutschland gab; schon hier warnte er vor den kommunistischen Bestrebungen zu einer Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien. Schmid wurde anlässlich dieser Veranstaltung offiziell in die SPD aufgenommen⁷¹.

Am 10. Februar 1946 fand der Gründungsparteitag der südwürttembergischen SPD in Reutlingen statt, auf dem Carlo Schmid ein langes programmatisches Referat hielt. Er hatte schon vorher bei verschiedenen Gelegenheiten die Auffassung vertreten, die SPD müsse über das Heidelberger Programm von 1925 hinausgelangen. Nun zeigte dieser „newcomer“ den alten Parteimitgliedern, wie dies zu geschehen habe⁷². Einige fundamentale Theorien des alten Programms könnten nicht mehr aufrechterhalten werden. Die Geschichte sei keine Abfolge von Klassenkämpfen; eine klassenkämpferische Haltung der SPD sei heute schon gar nicht mehr angebracht. Auch das Dogma des historischen Materialismus sei überholt. Schmid hob die Bedeutung der ideellen Antriebskräfte des Menschen hervor und betonte, daß die SPD keine christentumsfeindliche Partei mehr sein dürfe; ja, er bekannte sich

⁶⁸ Schmid, *Erinnerungen*, S. 83.

⁶⁹ Ebenda, S. 246.

⁷⁰ Ebenda, S. 245.

⁷¹ In den *Erinnerungen*, S. 249 u. 251, datiert Schmid diese Versammlung und damit seinen Parteieintritt irrtümlich auf Anfang März; sie fand aber am 12. 1. 1946 statt. Ohne vorher in die Partei aufgenommen worden zu sein, hätte er wohl kaum das Hauptreferat auf dem Reutlinger Parteitag im Februar halten können. Zur Entwicklung der SPD in Württemberg-Hohenzollern allgemein siehe: *Die SPD in Baden-Württemberg und ihre Geschichte*, hrsg. von J. Schadt u. W. Schmierer, Stuttgart 1979, S. 32 f. u. 218–232; vgl. auch Hirscher, Carlo Schmid, S. 30 ff.

⁷² Die Rede wurde zuerst veröffentlicht in Karl Schmid, *Die Forderung des Tages. Reden und Aufsätze*, Stuttgart 1946, S. 50–80, und in etwas veränderter Form wiederabgedruckt in C. Schmid, *Politik als geistige Aufgabe*, Bern, München 1973, S. 13–37. Es wird hier nach dem ursprünglichen Text zitiert.

ausdrücklich zu christlichen Grundsätzen. Aber: „Die Kirchen haben keine andere Aufgabe als die, gute Christen zu erziehen; das hat mit Politik nichts zu tun.“

Schmid stellte die undogmatische, pragmatische britische Arbeiterpartei als Beispiel und Vorbild vor und wies auf seine Übereinstimmung mit den Auffassungen des großen französischen Sozialistenführers Léon Blum hin, mit dem er wenige Tage vorher in Tübingen ein Gespräch geführt hatte. Gerade über den Aufbau eines vereinten Europas auf dem Wege einer Konföderation sei er sich mit dem Franzosen einig. Auch für das deutsche Volk sei eine föderalistische Gestaltung der künftigen politischen Einheit erstrebenswert. „Schauen wir nach Süden: . . . Sollte das, was den Schweizern so gut bekommen ist, für uns Deutsche ein Schaden sein? Sollten wir nicht auf unsere Weise auch Eidgenossen werden können?“⁷³ „Der Berliner Zentralismus hat uns Deutschen nicht wohl getan; er darf nicht wiederkommen, und vielleicht wird einmal darüber gesprochen werden müssen, ob Berlin noch einmal als Hauptstadt eines neuen Deutschland in Betracht kommen kann; mir persönlich liegt es zu nahe bei Potsdam . . .“⁷⁴

In weiten Teilen dieser Ansprache lag Schmid durchaus auf der Linie Kurt Schumachers, der ebenfalls eine Entdogmatisierung des SPD-Programms für unerlässlich hielt. Das Bekenntnis zum Föderalismus nach schweizerischem Vorbild dürfte diesem aber zu weit gegangen sein! Davon abgesehen, gewann Schmid aber schnell ein gutes Verhältnis zu dem damals unumstrittenen Chef der Partei. Oskar Kalbfell und er nahmen als südwürttembergische Vertreter am Neugründungsparteitag der SPD der Westzonen vom 9.–11. Mai 1946 in Hannover teil. Es bedurfte allerdings langer Auseinandersetzungen mit der französischen Militärregierung, bevor sie die Genehmigung zu dieser Reise bekamen. Schmid hatte ein längeres Gespräch mit Schumacher und dieser lud ihn ein, zu den Sitzungen des Geschäftsführenden Parteivorstands nach Hannover zu kommen. Schmid fuhr daraufhin des öfteren nach Hannover, noch bevor er 1947 in den Parteivorstand gewählt wurde. Schumacher erkannte sehr schnell die Bedeutung dieses glänzenden intellektuellen Kopfes für die Partei und seinen Wert als staatsrechtlicher Berater, zumal auch Schmid's Vorstellungen von der derzeitigen politischen Situation Deutschlands und den daraus resultierenden Erfordernissen im Grundsätzlichen mit denen Schumachers übereinstimmten⁷⁵.

In einem so wenig industrialisierten und überwiegend katholischen Land wie Württemberg-Hohenzollern konnte die SPD keine großen Erfolge erzielen. Mit

⁷³ Dieser Gedanke war im damaligen Südwürttemberg sehr populär. Das Buch von Otto Feger, *Schwäbisch-alemannische Demokratie*, Konstanz 1946, wurde zwar in seinen separaunistischen Tendenzen meist abgelehnt, die am schweizerischen Vorbild orientierten Vorschläge zu einer inneren politischen Neuordnung aber in weiten Kreisen lebhaft diskutiert.

⁷⁴ Diese Bemerkung über Berlin fehlt bezeichnenderweise in der Neuausgabe der Rede.

⁷⁵ Zum Verhältnis Carlo Schmid – Schumacher siehe Kurt Klotzbach, *Der Weg zur Staatspartei. Programm, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965*, Berlin 1982, S. 98 f. u. öfter. Zu den Parteireisen Schmid's vgl. auch Hudemann, *Zentralismus*, S. 190 f.

einer positiven Haltung zum Christentum und der Betonung der humanistischen Elemente im Sozialismus gelang es ihr aber, in protestantischen Kreisen einige Resonanz zu finden – jedenfalls in dieser frühen Zeit, in der die südwürttembergische CDU stark katholisch geprägt war. Auch die soziale Struktur der Anhängerschaft der SPD in diesem Land entsprach einer solchen Haltung eher als betont marxistische Parolen. Ein proletarisches Milieu war so gut wie gar nicht vorhanden. Die große Mehrheit der SPD-Mitglieder bestand aus Facharbeitern, die vielfach ihren eigenen kleinen Haus- und Grundbesitz hatten oder in der Landwirtschaft im Nebenerwerb tätig waren, aus Gastwirten, Handwerkern und Gesellen. Es waren damals noch relativ wenig Lehrer und andere Staatsangestellte dabei.

Widerstände gegen Carlo Schmid gab es am ehesten in den kleinen Fabrikstädten wie Balingen und Tuttlingen, gar nicht dagegen in Reutlingen, wo sein Freund Oskar Kalbfell die Ortsgruppe fest in der Hand hatte. In Tuttlingen, einem Hort der Altsozialisten, kam es Anfang Juni 1946 zu einer heftigen Auseinandersetzung mit Schmid. Es wurde ihm vorgeworfen, seine Politik laufe konträr zu den sozialdemokratischen Grundsätzen, mißachte die Interessen der Arbeiter, und er sei zu eng mit den französischen Besatzungsbehörden liiert⁷⁶.

Von solchen lokalen, keine tiefgreifenden Folgen mit sich bringenden Scharmützeln abgesehen, konnte sich Schmid schnell zur unumstrittenen Autorität in der SPD des Landes entwickeln. Neben Viktor Renner und Oskar Kalbfell war es vor allem Fritz Erler, mit dem er einen engeren Kontakt und intellektuellen Austausch pflegte⁷⁷. Auf die herausragende Persönlichkeit und Aktivität von Carlo Schmid wird in zahlreichen alliierten Berichten hingewiesen; auch von englischer Seite wird er als „the most outstanding politician in the French zone“ bezeichnet⁷⁸. Das führte aber auch gelegentlich zu Fehleinschätzungen des politischen Kräfteverhältnisses in Württemberg-Hohenzollern: wenn etwa im gleichen Bericht mitgeteilt wird, „the Christian Party has often been accused of sleeping while the S.P.D. and K.P.D. are hard at work“, oder gar das monatliche Bulletin des französischen Oberkommandos (CCFA) im Februar 1947 feststellt: „Le Parti Social-Démocrate a été plus actif; il continue à jouer un rôle prépondérant dans la province.“⁷⁹ Auf französischer Seite werden vor allem auch die Meinungsverschiedenheiten zwischen Schmid und Schumacher über die Wünschbarkeit eines föderalistischen Aufbaus des künftigen deutschen Staates hervorgehoben – und weidlich überschätzt. Man schätzte sich glücklich über Schmid's gemäßigte und eher pro-föderalistische Haltung und sah ihn als Widerpart gegen den in französischen Augen furchtbar nationalistisch-unitaristisch auftretenden Schumacher. In der französischen Zone war dieser lange Zeit persona non grata, bis ihn Schmid im Sommer 1947 einmal heimlich über die Zonengrenze

⁷⁶ Contrôle de la Sûreté du Wurtemberg, Renseignements généraux: Contribution à l'Etude du Parti Socialiste ... (Anm. 13), Chapitre XIII.

⁷⁷ Siehe Hartmut Soell, Fritz Erler – Eine politische Biographie, Berlin 1976, Bd. I, S. 96 ff.

⁷⁸ Review of French Occupied Zone of Germany 1945–1947, Part II, B/2, S. 2.

⁷⁹ Bulletin mensuel du CCFA, février 1947, S. 10.

zu einer SPD-Versammlung nach Baden-Baden brachte und einige Tage später eine Zusammenkunft Schumachers mit Gouverneur Widmer arrangierte. „Kurt Schumacher machte auf die Franzosen einen starken Eindruck, und künftig konnte er, wann immer er wollte, in die Französische Zone reisen; auch meinen Reisen nach Hannover stand nun nichts mehr im Wege.“⁸⁰

Verfassungsberatungen und parlamentarisches Debut

Carlo Schmid nahm nicht nur als Staatsrat an den Kabinettsitzungen der württembergisch-badischen Regierung in Stuttgart teil. Er wurde vom Vorsitzenden des Verfassungsausschusses der Vorläufigen Volksvertretung für Württemberg-Baden, dem alten Sozialdemokraten Wilhelm Keil, gebeten, als staatsrechtlicher Sachverständiger an den Verfassungsberatungen teilzunehmen und einen Entwurf für die Verfassung auszuarbeiten. So nahm also im Frühjahr 1946 der Regierungschef des französisch besetzten Württembergs die Verfassungsgebung des amerikanisch besetzten Landesteils in die Hand und bestimmte sie maßgebend. Sein Entwurf wurde zur Grundlage der Verfassungsdiskussion sowohl im Vorausschuß wie in der am 30. Juni 1946 gewählten Verfassungsgebenden Landesversammlung. Ohne in diesem Gremium Stimmrecht zu haben, nahm Schmid vom 24. Juli bis 10. September 1946 an fast allen Sitzungen teil; von der KPD abgesehen, legten alle Parteien großen Wert auf seine Mitarbeit, wie im Protokoll festgestellt wurde⁸¹. Der amerikanische Verbindungsmann und „Berater“, Kenneth Dayton, mußte feststellen: „Dr. Schmid acted as spokesman for the entire committee“ und sei „an extremely influential individual“⁸². Der endgültige Text der Verfassung war ein Kompromiß, dem alle drei großen Parteien zustimmten. Sowohl Keil wie der Präsident der Verfassungsgebenden Landesversammlung, Wilhelm Simpfendorfer (CDU), stellten in den Abschlußdebatten den großen Anteil Carlo Schmid an den Formulierungen heraus. Er sei die

⁸⁰ Schmid, *Erinnerungen*, S. 295. Nach seiner so erfolgreichen Wahl in den Parteivorstand der SPD auf dem Nürnberger Parteitag 1947 begannen die Franzosen in Schmid sogar einen Rivalen und eventuellen Nachfolger Schumachers als Parteiführer zu sehen. Er war übrigens das einzige Parteivorstands-Mitglied, das erst nach dem Krieg der SPD beigetreten war. Vgl. die Ausarbeitung „Le Parti Social-Démocrate en Allemagne“, bes. 4. Teil: Zone française, der Division d'Etudes et de Renseignements, CCFA, Cabinet, vom 12. 5. 1948, in: AOFA, F4 – Interzone – S. P. D. 1947/49. Eine ähnliche Angabe bei Wilhard Grünwald, *Die Münchener Ministerpräsidentenkonferenz 1947*, Meisenheim/Glan 1971, S. 53.

⁸¹ Zum Inhaltlichen siehe das entsprechende Kapitel bei Hirscher, *Carlo Schmid*, S. 67–82; Bengt Beuder, *Das Staatsbild in den Länderverfassungen nach 1945*, Berlin 1973, S. 55–78; Paul Feuchte, *Verfassungsgeschichte von Baden-Württemberg*, Stuttgart 1983, S. 47 ff.

⁸² Report on Württemberg-Baden Constitutional Convention, 6–13 Aug. und 19–24 Aug. 1946, IfZ, OMGUS Selected Records MA 1420/9. Siehe hierzu auch Barbara Fait, „In einer Atmosphäre von Freiheit“. Die Rolle der Amerikaner bei der Verfassungsgebung in den Ländern der US-Zone 1946, in: VfZ 33 (1985), S. 420–455, bes. S. 442 f.

Seele des Verfassungsausschusses gewesen und habe dem Werk weithin den Stempel seiner Persönlichkeit aufgeprägt⁸³.

Die Volksabstimmung über die Verfassung fand in Württemberg-Baden am 24. November 1946 statt. Zwei Tage vorher war im Schloß Bebenhausen bei Tübingen die Beratende Landesversammlung für Württemberg-Hohenzollern zusammengetreten, die auf französische Anordnung von den Kreisversammlungen und Gemeinderäten, auf indirektem Wege also, gewählt worden war. Nach Ansicht von Carlo Schmid eine Notabelnversammlung alten Stils⁸⁴. In ihr hatte die CDU eine satte absolute Mehrheit von 42 Sitzen (SPD 14, DVP 8, KPD 4). Aufgaben dieser Versammlung, deren Befugnisse streng begrenzt waren, waren die „Beratung“ der Provisorischen Regierung – ohne eigenes Antragsrecht – und die Ausarbeitung einer Verfassung.

In der ersten Sitzung dieser Versammlung am 22. November 1946 gab Carlo Schmid einen umfassenden Rechenschaftsbericht über die Arbeit des Staatssekretariats⁸⁵. Zugleich schilderte er in seiner Rede nüchtern und sachlich, ohne Schärfe gegenüber der Besatzungsmacht, aber deutlich hinsichtlich ihrer Maßnahmen und Anordnungen, die derzeitige Situation des Landes. Während er in anderen Bereichen über begonnene positive Aufbauleistungen berichten konnte, mußte er in den Abschnitten über die Wirtschaft und die Ernährungslage ein großes Klagelied anstimmen. Die Wirtschaft litt unter einem großen Mangel an Rohstoffen, verbunden mit der Unfreiheit bei der Verfügung über die noch im Lande befindlichen Rohstoffe, Halbfabrikate und Fertigerzeugnisse, dem Abtransport der neuesten und leistungsfähigsten Maschinen für Reparationszwecke. Sie litt genauso an einem Mangel an Facharbeitern, bedingt durch die Zurückhaltung vieler Kriegsgefangener (nicht nur durch die Franzosen); die unzureichende Ernährung und völlig ungenügende Versorgung der arbeitenden Bevölkerung mit Arbeitskleidung verminderten zusätzlich die Arbeitskraft. Schmid wies besonders darauf hin, daß einer der lebenswichtigsten Rohstoffe, den das Land selbst hervorbringe, ihm vorenthalten werde: das Holz. Es sei soweit gekommen, daß das monatlich zur Verarbeitung zugeteilte Holzkontingent in einzelnen Kreisen „noch nicht einmal den Bedarf für die Särge der Verstorbenen deckte“. Schmid gab auch die genauen Mengen und Lieferauflagen an Lebensmitteln bekannt, die an die französische Armee, an das Saargebiet und nach Berlin geliefert werden mußten: u. a. 60% der Eier- und der Butterproduktion, 52% der Fleischerzeugung. Keine deutsche Stelle könne die letzte Verantwortung für die Ernährung tragen, da sie sich auf Beratung und Durchführung der Anordnungen beschränken müßte. Am Schluß der Rede ging Schmid nochmals auf die Stellung der deutschen Regierung ein, der weiterhin die demokratische Legitimation

⁸³ Nach Feuchte, Verfassungsgeschichte, S. 50.

⁸⁴ Erinnerungen, S. 268. Zu Wahlmodus u. Charakter der Versammlung siehe: Das Land Württemberg-Hohenzollern 1945–1952, hrsg. von M. Gögler u. G. Richter, S. 87 f.

⁸⁵ Verhandlungen der Verfassungsgebenden Landesversammlung für Württemberg-Hohenzollern, 1. Sitzung, 22. November 1946, Schloß Bebenhausen, Prot. S. 6–19, Zitate S. 17 f.

fehle. „Nach wie vor bleibt die Regierung ausschließlich der Militär-Regierung verantwortlich, und nach wie vor hat sie von ihr Anordnungen entgegenzunehmen und ihre eigenen Maßnahmen von ihr genehmigen zu lassen. Vieles von dem, was mit unserer Unterschrift ins Land hinausgeht, ist nicht die Frucht unserer eigenen Entschlüsse; manches würde anders geschehen, wenn wir allein zuständig wären.“ Angesichts solch massiver Kritik hielt er es aber doch für angebracht, die eigene, Tübinger Militärregierung in Schutz zu nehmen: „Lassen Sie mich noch ein Wort über unser Verhältnis zur Militär-Regierung sagen. Wir finden bei ihr großes Verständnis für unsere Sorgen und Nöte. Aber sie ist selbst oft an Anordnungen von oben und internationale Verpflichtungen gebunden, die die Freiheit ihres Handelns einschränken. Dessen ungeachtet haben wir bei ihr auch in Fällen, die außerhalb ihrer Zuständigkeit liegen, wertvolle Hilfe gefunden. Ich möchte ihr dafür unseren Dank aussprechen. Die für unser Land verantwortlichen Offiziere und Beamten der Militär-Regierung verfolgen keine machiavellistischen Pläne, sondern versuchen im Rahmen ihrer Möglichkeiten mit uns zusammen für unser Land zu wirken.“

Diese kritische Rede über den Zustand des Landes hatte ein Nachspiel. Am nächsten Tag wurde Schmid von einem französischen Offizier nach Baden-Baden gebracht. Der Administrateur Général, Laffon, warf ihm vor, er habe mit seinem Bericht die Militärregierung und damit Frankreich verleumdet. Das sei ein Bruch der Loyalität gegenüber der Militärregierung, ein Akt von „résistance“. Dazu Schmid in seinen Erinnerungen: „Ich stimmte ihm zu: Ich hätte innerhalb meiner Befugnisse und meiner Pflichten immer für die Bevölkerung meines Landes Widerstand gegen Maßnahmen geleistet, die ich für unzumutbar und für die Zukunft unserer beiden Völker für bedrohlich hielt. Was diese ‚résistance‘ anlange, so hätte ich vier Jahre lang in seinem Land zugunsten seiner Landsleute gegen Anordnungen meiner Obrigkeit Widerstand geleistet, die ich für ungerecht und schädlich erachtete. Das gleiche könnte ich doch wohl auch für meine Landsleute tun. Dann rechtfertigte ich meine Zahlen mit Belegen. Im übrigen, so fuhr ich fort, seien wir Deutschen und Franzosen auch im gegenwärtigen Zustand unserer Beziehung aufeinander angewiesen.“⁸⁶ Schmid bekam die Weisung, in der nächsten Sitzung andere Zahlen bekanntzugeben, die ihm die Militärregierung gab. Er tat dies und ließ dabei durchblicken, daß er in höherem Auftrag handle⁸⁷.

Charakteristisch für seine Haltung und das besondere Verhältnis des Tübinger Staatssekretariats zur französischen Militärregierung, das sich eben nicht nur als bloße „Auftragsverwaltung“ ansah, ist die Feststellung Schmidts, mit der er die Bekanntgabe der Anfang Dezember 1946 erfolgten Regierungsumbildung vor der Landesversammlung einleitete: „Auf Grund der Ihnen bekannten Proklamation des Herrn französischen Oberbefehlshabers waren in den Ländern der französischen Zone provisorische Regierungen zu bilden, die innerhalb der Schranken der durch die Besetzung Deutschlands geschaffenen Umstände das Recht, Gesetze zu erlas-

⁸⁶ Schmid, Erinnerungen, S. 273 f.

⁸⁷ Prot. Verh. d. Verfassunggebenden Landesversammlung, 2. Sitzung, 2. 12. 1946, S. 1 f.

sen, eingeräumt bekommen sollen. Für uns in Württemberg und Hohenzollern änderte sich damit nichts Grundsätzliches. Wir haben dieses Recht von Anfang an für uns in Anspruch genommen, einfach deswegen, weil wir nicht wußten, wie wir sonst hätten regieren und verwalten können ...⁸⁸

Zum Auftakt der Beratungen über eine Verfassung für Württemberg-Hohenzollern hielt Carlo Schmid vor der Landesversammlung ein über dreistündiges historisch-politisches Kolleg über Wesen und Gehalt einer Verfassung und über die Organisation eines demokratischen Staates⁸⁹. Er bekannte sich zum Verfassungsprinzip der westlichen Demokratien, demzufolge die Verfassung nicht nur ein juristischer Text zur Organisation des Staatswesens sein sollte, sondern Ausdruck einer politischen Wertordnung, die von allen Bürgern des Staates akzeptiert wird. Die Erfahrungen der letzten hundert Jahre sprächen dafür, neben den Grundsätzen des Rechtsstaats auch eine demokratische Sozial- und Wirtschaftsordnung und das Recht auf Bildung in der Verfassung festzulegen. Um einem Mißbrauch des parlamentarischen Systems wie in der Weimarer Zeit vorzubeugen, sollte wie in der Stuttgarter Verfassung ein qualifiziertes Mißtrauensvotum eingeführt werden. Im übrigen warf Schmid gleich zu Beginn die Frage auf, ob man sich angesichts der Diskrepanzen zwischen Verfassungsrechten und den realen Verhältnissen unter einem Besatzungsregime nicht mit einer Art Organisationsstatut begnügen solle, sprach sich aber doch für eine volle Verfassung aus, wie sie auch in Stuttgart geschaffen worden war. Nicht nur Schmid wäre es am liebsten gewesen, wenn man die Stuttgarter Verfassung mit geringfügigen Änderungen auch für den südlichen Landesteil übernommen hätte. Gouverneur Widmer selbst bat Schmid um Vorschläge, wie dies zu bewerkstelligen sei⁹⁰. Ein Abgeordneter der DVP brachte im Verfassungsausschuß der Beratenden Landesversammlung den Antrag ein, man solle die Verfassung von Nordwürttemberg übernehmen. Dies bezeichnete aber der CDU-Abgeordnete Lorenz Bock als entwürdigend, „weil wir doch wesentliche Änderungen vorzuschlagen haben“⁹¹.

Mit Hilfe ihrer absoluten Mehrheit versuchte die CDU nun im Verfassungsausschuß einen ganz nach ihren Vorstellungen ausgerichteten Entwurf durchzusetzen; die Intransigenz ihrer Abgeordneten führte dazu, daß zuerst die DVP, dann auch SPD- und KPD-Abgeordnete aus Protest den Ausschuß verließen. Der schließlich allein von der CDU ausgearbeitete und vorgelegte Verfassungsentwurf dokumen-

⁸⁸ Verh. d. Verfassungsgebenden Landesversammlung, 4. Sitzung, 8.1. 1947, S. 4. Die Bezeichnung „deutsche Auftragsverwaltung“ durchweg bei Konstanzer u. Henke, Politik der Widersprüche.

⁸⁹ Ebenda, 2. Sitzung, 2.12. 1946, S. 3–19.

⁹⁰ Siehe Schmid, Erinnerungen, S. 274. Daß Widmer weiterhin der Auffassung sei, beide Württemberg sollten wieder vereinigt werden, und „unauffällig aber zielstrebig“ auf eine Fusion der drei Westzonen hinarbeite (und damit also die Linie seines Chefs, General Koenigs, konterkarierte), bezeugt auch der Bericht eines Mitarbeiters der britischen Botschaft in Paris, J. E. Coulson, vom 8.5. 1947 über ein vertrauliches Gespräch mit Widmer, PRO, C 6997/173/18.

⁹¹ Vgl. den Abschnitt „Die Verfassungsgebung in Württemberg-Hohenzollern“ bei Nüske, Bemerkungen (1982), S. 246–263; Schmid, Erinnerungen, S. 275.

tierte deren christliches Staatsverständnis und war stark durch die katholische Soziallehre und ihre Naturrechtsauffassungen geprägt. Im übrigen sah er eine dezierte Präsidialverfassung vor: Regierungschef sollte ein vom Volke gewählter und vom Landtag unabhängiger Staatspräsident sein; ein Senat sollte ihn beraten. Natürlich war dem Wunsch des Bischofs von Rottenburg entsprechend auch die verfassungsmäßige Einführung von Bekenntnisschulen vorgesehen.

Anders als bei den Verfassungsberatungen in Baden und Rheinland-Pfalz haben in Tübingen Vertreter der Militärregierung – von einigen eher informellen Gesprächen mit einzelnen Abgeordneten abgesehen – nicht in die Beratungen eingegriffen oder Einfluß zu nehmen versucht. „Die Diskussionen im Ausschuß selbst jedenfalls entwickelten sich offensichtlich völlig unbehindert, ja geradezu ungehemmt.“⁹² Um so überraschter waren die CDU-Abgeordneten, als ihr Entwurf von der Militärregierung in toto verworfen wurde, weil er nicht demokratischen Grundsätzen entspräche. Das am 24. März 1947 an den Vorsitzenden des Verfassungsausschusses gerichtete Schreiben Gouverneur Widmers ist eine äußerst knappe, ja bruske Zurückweisung, in der es heißt: „Les dispositions prévues dans ce texte, et notamment pour l'organisation des pouvoirs de l'Etat n'assurant pas à l'expression de la volonté populaire les garanties fondamentales d'une démocratie, le Gouvernement Militaire n'est pas en mesure de lui donner son approbation.“ Nach französischer Auffassung war dieser Verfassungsentwurf zu konfessionell, autoritär und undemokratisch⁹³.

Das war der einzige Fall in der deutschen Nachkriegsgeschichte, daß ein deutscher Verfassungsentwurf von der Besatzungsmacht glatt abgelehnt wurde. Nach dieser französischen Ohrfeige kam unter dem Druck der Besatzungsmacht relativ schnell ein Kompromiß zustande, zumal der evangelische Landesbischof Wurm vor den CDU-Abgeordneten seiner Konfession eindeutig für eine christliche Gemeinschaftsschule eintrat und auch Schmid sich um einen Ausgleich bemühte. Der Entwurf wurde nun doch weitgehend der Stuttgarter Verfassung angeglichen, der Senatsgedanke aufgegeben, der Staatspräsident auf die Position eines Ministerpräsidenten im sonst üblichen Sinne reduziert. Die öffentlichen Volksschulen wurden als christliche Schulen definiert, für deren Gestaltung der Wille der Erziehungsberechtigten maßgebend sein sollte. Wie in der Stuttgarter Verfassung wurde das Prinzip

⁹² Nüske, Bemerkungen (1982), S. 261 f. Die von Frank R. Pfetsch in: Die französische Verfassungspolitik in Deutschland nach 1945, in: Die französische Deutschlandpolitik, S. 120f., abgedruckten „Anregungen“ Emile Laffons wurden offensichtlich nicht berücksichtigt.

⁹³ Kopie dieses Schreibens und französische Übersetzung des Entwurfs zusammen mit anderen die Verfassung betr. Schriftstücken in den aus dem Nachlaß Widmers stammenden Papieren in der B. D. I. C. (Sign. Q Pièce 6124). Aus den dort befindlichen handschriftlichen Notizen Widmers geht klar hervor, daß man auf französischer Seite diesen Entwurf „en grande partie confessionnelle“ und „d'un caractère autoritaire et non démocratique“ hielt. Der Vermutung Konstanzers (Entstehung, S. 50) und Erhard H. M. Langes (Hinter dem „seidenen Vorhang“. Zu den verfassungspolitischen Anfängen in der französischen Zone, in: Das Parlament, Nr. 1/2, 10. 1. 87, S. 12), die Ablehnung sei wohl hauptsächlich deshalb erfolgt, weil keine der anderen Parteien beteiligt gewesen sei, kann man also nicht folgen. Vgl. auch Pfetsch, Französische Verfassungspolitik, S. 124f.

einer Bedarfsdeckungswirtschaft eingeführt, was der SPD die Zustimmung erleichterte. DVP und KPD lehnten den Entwurf weiterhin ab. In der Schlußdiskussion konnte Carlo Schmid feststellen, daß „was den materiellen Inhalt der Bestimmungen dieser Verfassung anbetrifft, der Rechtszustand in Württemberg-Baden annähernd erreicht ist . . . Das hier geschaffene Werk erfüllt nicht alle unsere Wünsche. Wir glauben aber, daß das was in Anbetracht der in unserem kleinen Lande herrschenden besonderen soziologischen, weltanschaulichen und strukturellen Verhältnisse von Sozialdemokraten überhaupt erreicht werden kann, hier auch erreicht worden ist.“⁹⁴

Zusammen mit der Volksabstimmung über die Verfassung, die dank der Befürwortung durch CDU und SPD mit 69,8% der abgegebenen Stimmen angenommen wurde (mehr als in den beiden anderen Ländern der französischen Zone), fanden am 18. Mai 1947 die ersten Landtagswahlen in der französischen Zone statt – einen Monat später als in der britischen Zone, was aber eher auf deutsche Verzögerungen zurückzuführen ist. In Württemberg-Hohenzollern erhielten (bei einer Wahlbeteiligung von nur 66,4%) die CDU 54,2%, die SPD 20,8%, die DVP 17,7% und die KPD 7,3%. Das ergab eine Sitzverteilung im Landtag von 32 Sitzen für die CDU (knapp die absolute Mehrheit), 12 für die SPD, 11 für die DVP und 5 für die KPD⁹⁵.

Angesichts dieses Kräfteverhältnisses ist es verständlich, daß nun die CDU die Führung der Regierung übernehmen wollte. Am 8. Juli 1947 wurde Lorenz Bock (CDU) zum Staatspräsidenten gewählt, Carlo Schmid behielt das Justizministerium und wurde Stellvertreter des Staatspräsidenten; er blieb auch weiterhin der Verbindungsmann zwischen Tübingen und Stuttgart.

Vom württembergischen Regierungschef zum Politiker nationalen Formats

In seiner Eigenschaft als württemberg-badischer Staatsrat mit Kabinettsrang hat Carlo Schmid auch an Sitzungen des Länderrats der amerikanischen Zone als Beobachter teilgenommen – an einigen zumindest, aber wohl kaum regelmäßig, wie er in den „Erinnerungen“ schreibt⁹⁶. Regelmäßiger Gast als staatsrechtlicher Sachverständiger war er aber in dem vom Länderrat eingesetzten Ausschuß zur Koordinierung der Länderverfassungen der amerikanischen Zone im April und Mai 1946. Dort hat ihn der hessische Vertreter Ludwig Bergsträsser kennengelernt und anläßlich einer solchen Sitzung in seinem Tagebuch die wohl zutreffende Bemerkung gemacht:

⁹⁴ Prot. der Verb. d. Beratenden Landesversammlung, 10. u. 11. Sitzung, 21. und 22. April 1947, S. 53. Zur Verfassung insgesamt, die durchaus auch in ihrer endgültigen Fassung „einem Staatsverständnis auf christlichen Grundlagen“ entsprach, Beutler, Staatsbild, S. 78–93.

⁹⁵ Zu den Ergebnissen der Landtagswahl vgl. Württemberg-Hohenzollern in Zahlen, Ztschr. f. Statistik u. Landeskunde 2 (1947), H. 5/6, S. 209 ff.

⁹⁶ Schmid, Erinnerungen, S. 271; Schmid irrt sich wohl (und mit ihm die Autoren, die dies übernommen haben), wenn er hier meint, er habe bei diesen Sitzungen als jungen Mitarbeiter Hans Jochen Vogel kennengelernt – der war damals noch Student in Marburg.

„Schmid hat doch einen stark romantischen Einschlag, verbunden mit Pathos.“⁹⁷ Die Teilnahme an der vom Bremer Bürgermeister Wilhelm Kaisen für Anfang Oktober 1946 einberufenen ersten Interzonenkonferenz der Chefs der deutschen Länder wurde ihm und seinen Kollegen in Baden und Rheinland-Pfalz von der französischen Militärregierung verboten. Auch in Stuttgart, aber klammheimlich, haben Schmid und sein enger Mitarbeiter, der damals als Ministerialrat im Tübinger Staatssekretariat tätig gewesene Theodor Eschenburg, an den Beratungen der vom Deutschen Büro für Friedensfragen eingesetzten Kommission zur Ausarbeitung von Vorschlägen für eine deutsche Bundesverfassung mitgewirkt. Bei diesen Beratungen war Schmid der einzige SPD-Politiker, der neben dem bayerischen Vertreter Wilhelm Hoegner betont föderalistische Positionen vertrat. Das, was sich da zu entwickeln begann, kam den Franzosen doch besorgniserregend vor. Anlässlich einer Besprechung zwischen den Spitzen der Besatzungsverwaltung und Regierungsvertretern am Quai d'Orsay am 13. Januar 1947 über die Einstellung deutscher Politiker zum Föderalismus berichtete Gouverneur Widmer, „daß vor allem Württemberg ein Resonanzboden für Einflüsse von außen, besonders aus der amerikanischen Zone ist. Er bemerkt, daß viele der katholischen Parteiführer, die ursprünglich Anhänger eines Staatenbundes [Fédération d'Etat] gewesen wären, jetzt zu der Vorstellung eines Bundesstaats [Etat Fédéral] gekommen seien. Das sei namentlich bei einer der markantesten Persönlichkeiten unserer Zone der Fall, dem gegenwärtigen Präsidenten der Provisorischen Regierung von Württemberg, dem Doktor Schmid, der jetzt einen starken Bundesstaat wünscht, einschließlich eines Innenministeriums mit Polizeigewalt.

Der Gouverneur von Württemberg wies auch auf das allgemeine Interesse Doktor Schmid und mehrerer seiner Mitarbeiter hin, das künftige föderalistische Deutschland in den Rahmen einer Europäischen Föderation einzugliedern, die viele der Katholiken unter der Führung Frankreichs zu sehen wünschten. Der Schwerpunkt dieses föderalistischen Deutschland würde nicht mehr in Berlin liegen, sondern in Bayern ...“⁹⁸

Carlo Schmid's politische Ansichten wurden allmählich auch für französische Beamte höherer Dienststellen interessant. Der französische Konsul in Stuttgart und Tübingen, Pierre d'Huart, berichtete am 7. Mai 1947 über eine ausführliche politi-

⁹⁷ Ludwig Bergsträsser, *Befreiung, Besatzung, Neubeginn. Tagebuch des Darmstädter Regierungspräsidenten 1945–1948*, hrsg. von Walter Mühlhausen, München 1987, S. 123, Eintrag am 2. Mai 1946.

⁹⁸ AOFA, Pol III C, 1a, carton 32: Z.F.O. Administrations allemandes, Pouvoirs des Länder 1946–47; zu Carlo Schmid's europapolitischen Vorstellungen siehe seine Erinnerungen, S. 296 f. u. bes. S. 414 ff., sowie Hans-Peter Schwarz, *Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945–1949*, 2. Aufl. Stuttgart 1980, S. 574 ff. Über die Verfassungsberatungen im Büro für Friedensfragen vgl. Hirscher, Carlo Schmid, S. 103 f., sowie Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1949, hrsg. vom Bundesarchiv u. Institut für Zeitgeschichte (künftig: AVBRD), Band 2, S. 428 ff., 437 ff., 623 ff.; damit sie keine Schwierigkeiten mit der französischen Militärregierung bekamen, wurde auf die Nennung der Namen Schmid und Eschenburg im Protokoll verzichtet.

sche „tour d'horizon“ mit Schmid nach Baden-Baden: Schmid sei sich bewußt, daß die russisch besetzte Zone wohl auf längere Sicht vom übrigen Deutschland getrennt sein werde. Die Amerikaner und Briten würden in der Bizone eine Art deutschen Bundesstaat errichten mit einem gewählten Parlament. Wenn Frankreich seine Zone davon ausschließe, würde man ihm den Vorwurf machen, Deutschland in Stücke amputieren zu wollen. Das Interesse der Bevölkerung würde sich ganz dem neuen Bundesstaat zuwenden und die politischen Köpfe der französischen Zone würden nacheinander abwandern, um in der neuen deutschen Verwaltung in Frankfurt Karriere zu machen. Der Einfluß Frankreichs in Richtung auf eine föderalistische deutsche Politik ginge noch mehr zurück, der sowieso schon dadurch sehr eingeschränkt sei, daß es deutschen Politikern aus der französischen Zone verboten sei, mit solchen anderer Zonen Kontakte zu pflegen⁹⁹.

An eben diesem 7. Mai 1947 lud der bayerische Ministerpräsident Hans Ehard alle Regierungschefs der deutschen Länder für den 6./7. Juni zu einer Konferenz nach München ein, zur Beratung von Maßnahmen, „um ein weiteres Abgleiten des deutschen Volkes in ein rettungsloses wirtschaftliches und politisches Chaos zu verhindern“¹⁰⁰. Zur Bekräftigung und Unterstützung dieser Einladung schickte Ehard auch einen Abgesandten nach Tübingen zu Carlo Schmid, der vor allem den Wunsch ausdrückte, daß auf dieser Konferenz über die Notwendigkeit eines Besatzungsstatuts gesprochen und eine entsprechende Resolution verabschiedet werde. Er vertrat die Meinung, in dieser Sache müßten die Regierungen und nicht die Parteien die Initiative ergreifen. „Mit dieser Ansicht stellt er sich in Gegensatz zu seinem Parteiführer Schumacher“, bemerkt Ehard's Beauftragter in seinem Bericht und fügt hinzu, es wäre wohl am zweckmäßigsten, statt wie vorgesehen den damaligen Kölner Oberbürgermeister Pünder, Staatsrat Schmid über ein Besatzungsstatut sprechen zu lassen, „der über eingehende völkerrechtliche Kenntnisse verfügt und große praktische Erfahrungen auf diesem Gebiet gesammelt hat“.

Schmid hatte seine Militärregierung von der Einladung in Kenntnis gesetzt, um dringliche Entscheidung gebeten und gleichzeitig darauf hingewiesen, daß bei einer Nichtteilnahme der Regierungschefs der französischen Zone „die zentralistischen Tendenzen auf dieser Konferenz so stark in Erscheinung treten könnten, daß eine Richtung festgelegt würde, die auch bei einem späteren Hinzutreten der französischen Zone nicht mehr geändert werden könnte“. Mit denselben Argumenten zur Stärkung des föderalistischen Lagers hat man auch in München gegenüber dem dortigen französischen Generalkonsul operiert¹⁰¹. Die Angelegenheit lief von der

⁹⁹ Lettre de Pierre d'Huart à Conseiller Politique en Allemagne, Baden-Baden, 7 mai 1947, in: AOfA, CC, Pol II B - Personnalités - S (Paquet 27).

¹⁰⁰ Wortlaut des Einladungsschreibens in: AVBRD, Bd. 2, S. 424 f. Zur Haltung Carlo Schmid's auf der Münchener Ministerpräsidentenkonferenz vgl. Hirscher, Carlo Schmid, S. 112 ff., das dortige Literaturverzeichnis und die in AVBRD, Bd. 2, S. 424 ff. abgedruckten einschlägigen Aktenstücke.

¹⁰¹ Aufzeichnung des bayer. Beauftragten (dessen Name unbekannt ist) über sein Gespräch mit Schmid am 14. 5. 47 bei Grünewald, S. 505 ff.; siehe dazu auch Rolf Steininger, Zur Geschichte der Münchener Ministerpräsidentenkonferenz 1947, in: VfZ 23 (1975), S. 87, Anm. 69.

Militärregierung in Tübingen nach Baden-Baden und weiter nach Paris. Dort hielt man unter Beteiligung des Administrateur Général Laffon im Außenministerium (am Quai d'Orsay) eine Konferenz darüber ab. Nach anfänglichen Bedenken genehmigte man die Teilnahme der Regierungen der Länder der französischen Zone unter eben diesem von Schmid und Ehard vorgebrachten Gesichtspunkt, „car elle rentrait dans le cadre de la formule ‚con-fédéraliste‘ française“¹⁰².

Am 30. Mai gab der Quai d'Orsay schließlich im Rahmen einer Pressekonferenz ein Communiqué bekannt, in dem mitgeteilt wird, daß das französische Oberkommando in Deutschland den Staatspräsidenten der französischen Zone ausnahmsweise die Teilnahme an der Münchener Konferenz gestatte, da die französische Regierung immer die Auffassung vertreten habe, Deutschland als wirtschaftliche Einheit zu behandeln, und da die Zusammenkunft im Rahmen der Länder organisiert werde, die die Grundlage der verfassungsmäßigen Ordnung Deutschlands sein sollen. Ein Sprecher des Außenministeriums erläuterte den Beschluß: es gehe in München um wirtschaftliche Probleme und es sei eine Konferenz der Chefs der Staatsregierungen geplant; falls sie in eine Versammlung von politischen Parteien oder Gewerkschaften umgewandelt werde, würde die Haltung Frankreichs überprüft werden¹⁰³. Derartiges war von den Ministerpräsidenten der Länder in der sowjetischen Zone ja schon gefordert worden. In den Antwortschreiben der Militärgouverneure der Länder an die Ministerpräsidenten heißt es, der bayerische Ministerpräsident habe zugesagt, daß die Konferenz eindeutig im Zeichen des Föderalismus stehen werde, und es wurden genaue Anweisungen zur Ausführung der französischen Vorstellungen über eine föderalistische Gestaltung Deutschlands gegeben (man rechnete also doch auch mit derlei Gesprächen): „Der französische Plan wird dort verteidigt werden, insbesondere daß nur den Staaten Souveränität zukommt und nicht der Konföderation; daß die Verfassung der Konföderation durch wechselseitige Vereinbarungen der Staaten aufgestellt werden wird, die der Konföderation angehören, und nicht durch eine zu diesem Zweck gewählte Verfassungsgebende Versammlung; daß es in dieser Konföderation nur eine Staatenkammer geben wird, die aus Delegierten der Mitgliedstaaten der Konföderation besteht.“¹⁰⁴ Schmid will der Militärregierung jedoch erklärt haben, daß er sich nicht an irgendwelche Auflagen für sein Verhalten auf dem Kongreß halten werde¹⁰⁵.

Bei der Vorbesprechung der Tagesordnung der Konferenz mit den ostzonalen

¹⁰² Vgl. Note pour le ministre, in: AAE, Y 1944–1949, Vol. 329, S. 50–52, sowie die hektographierte Aufzeichnung eines Gesprächs versch. Abgeordneter mit Laffon am 9. 7. 1947, in: AAN, Commission Affaires étrangères, Allemagne, carton 21. Zitat S. 10 d. Aufz.

¹⁰³ Wortlaut beider Erklärungen bei Grünewald, S. 96 f., u. AVBRD, Bd. 2, S. 457, Anm. 5.

¹⁰⁴ Zitat der Schmid'schen Übersetzung in der Urfassung der Erinnerung (NL Schmid AsD), S. „924/7–924/8 (neu)“; das französische Schreiben in NL Schmid, Mappe 462. Im Inhalt gleichzeitig das Schreiben des badischen Gouverneurs Pène an Wohleb, in: AVBRD, Bd. 2, S. 457 f.

¹⁰⁵ Brief Schmid's vom 12. 4. 72 an Elmar Krautkrämer in NL Schmid, Mappe 462; in seinen Beiträgen über die Ministerpräsidentenkonferenz in VfZ 20 (1972) erwähnt Krautkrämer dies nicht.

Ministerpräsidenten am Abend des 5. Juni in München hat Schmid die französischen Auflagen ins Feld geführt, um der von den Vertretern der sowjetischen Zone geforderten Ausweitung der Konferenz im politischen Bereich („Bildung einer deutschen Zentralverwaltung durch Verständigung der demokratischen Parteien und Gewerkschaften zur Schaffung eines deutschen Einheitsstaates“) entgegenzutreten. In einem solchen Fall würde wohl ein absolutes Veto von französischer Seite erfolgen, und die Länder der französischen Zone würden für sehr lange Zeit von allen gesamtdeutschen Aktivitäten ausgeschlossen bleiben.

Als am ersten Tage der Konferenz beim Tagesordnungspunkt „Ernährungsnot“ in zwei Referaten ausführlich die Situation in der amerikanischen und der britischen Zone dargelegt worden war, ergriff Carlo Schmid nach Absprache mit seinen Freiburger und Koblenzer Kollegen in der Diskussion das Wort und gab in einem Kurzreferat aus dem Stegreif einen sehr kritischen Bericht über die Ernährungslage in der französischen Zone. Er wies deutlich auf die Entnahmen der Besatzung hin, die Auflagen zur Versorgung französischer Ferienkinder (die sich im Schwarzwald und anderswo von den Entbehrungen während der deutschen Besetzung erholen sollten), das hohe Ablieferungssoll für Fleisch, die katastrophale Kartoffelernte ... Die Produkte der gewerblichen Industrie kämen nur in ganz geringem Umfang der eigenen Bevölkerung zugute¹⁰⁶. „Mein Kollege Leo Wohleb war sichtlich konsterniert und prophezeite mir Unheil; Ministerpräsident Ehard schien ebenfalls betreten“, schreibt Schmid in seinen Erinnerungen. Die Konferenz war immerhin öffentlich und zahlreiche in- und ausländische Presseleute zugegen.

Am zweiten Sitzungstag hielt Schmid sein vorgesehene Referat „Schaffung eines Besatzungsrechtes“. Er begründete die Notwendigkeit, das Verhältnis zu den Besatzungsmächten in formulierten Rechtssätzen niederzulegen, die sich an der Haager Landkriegsordnung orientieren. Die meisten der Anwesenden hielten diese Forderung zwar für sehr begrüßenswert, aber illusionär¹⁰⁷.

Natürlich nahmen an beiden Tagen der Konferenz auch französische Beobachter teil. Ein Beamter des Quai d'Orsay stellte Schmid wegen seiner kritischen Äußerungen über die französische Besatzungszone zur Rede und forderte ihn auf, mit nach Paris zu kommen. Es ging das Gerücht um, die Franzosen wollten ihn verhaften. Auf entsprechende Fragen bei der anschließenden Pressekonferenz antwortete Schmid, er reise gelassenen Mutes nach Tübingen zurück. Ein amerikanischer Journalist rief ihm zu: „Wenn man Ihnen etwas tut – wir werden Lärm schlagen!“ Durch seine mutigen Reden war der bis dahin ziemlich unbekannte Regierungschef eines der kleinsten deutschen Länder über Nacht plötzlich für die westliche Presse ein

¹⁰⁶ Ungekürzter Text in AVBRD, Bd. 2, S. 528–530. Vgl. dazu auch Theodor Eschenburg, Erinnerungen an die Münchener Ministerpräsidenten-Konferenz 1947, in: VfZ 20 (1972), S. 411–417, bes. S. 416f. Zitat aus den Erinnerungen Schmidts, S. 290. Für den Druck in der von der Bayer. Staatskanzlei hrsg. Publikation über die Konferenz wurde der Text der Rede redigiert und die Kritik etwas abgeschwächt.

¹⁰⁷ Vgl. Schmid, Erinnerungen, S. 290. Text des Referats in AVBRD, Bd. 2, S. 567–574. Zur Frage eines Besatzungsstatuts siehe unten.

interessanter Mann geworden. Seine Intelligenz und Schlagfertigkeit, aber auch seine Ausstrahlung von ruhiger Behäbigkeit und ‚savoir vivre‘ trugen mit dazu bei, ihn von nun an bei den Journalisten beliebt und durch sie populär zu machen¹⁰⁸.

Mit dem französischen Beamten hatte Schmid nach der Pressekonferenz ein langes Gespräch, das damit endete, daß dieser ihm seine Achtung aussprach und erklärte, er hätte an seiner Stelle genauso gehandelt¹⁰⁹. Schmid berichtete später¹¹⁰, nach seiner Rückkehr nach Tübingen habe man – wie nach seinem Rechenschaftsbericht vor der Landesversammlung im November 1946 – versucht, ihn zu einer Abschwächung seiner Darstellung zu bewegen. Er habe dem aber nicht Folge geleistet und es sei ihm nichts passiert.

Im Grunde war man französischerseits mit dem Ablauf der Ministerpräsidentenkonferenz durchaus zufrieden. In einem zusammenfassenden Bericht aus dem Zivilkabinett General Koenigs heißt es: „Die Resolutionen enthalten keinerlei Vorschläge, die den französischen Leitsätzen über die künftige Organisation Deutschlands entgegenstünden. Das föderalistische Prinzip ist im Gegenteil durch die häufige Bezugnahme auf die Regierungschefs der deutschen Länder stillschweigend anerkannt worden.“

Im übrigen wird festgestellt, daß die kritischen Äußerungen Schmidts in der Presse übertrieben worden seien. Schmid habe damit auch Anschuldigungen seitens seiner Kollegen in anderen Zonen entgegnet, er befände sich im Solde der Franzosen. Bei der Abfassung der Schlußresolutionen habe er zusammen mit Boden und Wohleb maßigenden Einfluß ausgeübt. Die wichtige Rolle, die Schmid auf der Konferenz gespielt habe, bestätige seine Autorität und den Wert dieses Mannes. Es sei deshalb wünschenswert, sich seiner Persönlichkeit künftig stärker zu bedienen, um die vom Norden ausgehenden nationalistischen und unitaristischen Tendenzen in der SPD abzuschwächen. Man hätte befürchten müssen, daß in München viel weitergehende politische Forderungen gestellt würden, und es sei heute klar, daß Präsident Ehard nur mit der Unterstützung durch die Repräsentanten der französischen Zone, und besonders Schmidts, einen Kompromiß zwischen den Unitaristen der Sowjetzone und den einem Einheitsstaat gegenüber aufgeschlossenen Ministerpräsidenten der englischen Zone vermeiden konnte. Quasi mit Erleichterung stellt der Berichterstatter dann fest: „Nous avons ainsi pu franchir la délicate étape de Munich sans dommages pour notre politique.“¹¹¹

¹⁰⁸ Die Pressekonferenz am 8. 6. 47 wird ausführlich dargestellt bei Grünewald, S. 285–309. Siehe auch Schmid, *Erinnerungen*, S. 291 f.

¹⁰⁹ Ebenda. Vgl. den Bericht von M. Fabre vom 7. u. 8. 6. 48 über ein Gespräch mit Schmid in: AOFA, CCFA, Cab. Civil, Carton 52, Pol V D, der mit folgender Feststellung schließt: „Pour apprécier avec objectivité l'attitude de Schmidt, on doit savoir qu'elle est inspirée, dans une large mesure, par la préoccupation de mettre en relief, pour l'avenir, sa personnalité politique à la veille de son éloignement probable du pouvoir et le souci de se disculper de l'accusation fréquemment portée contre lui-même, au cours de la Conférence, d'être à la solde des autorités françaises.“

¹¹⁰ In einem Schreiben vom 2. 8. 73 an Reinhard Bollmus im NL Schmid (AsD), Mappe 462.

¹¹¹ Undatiertes Exposé „La Conférence de Munich“ in: AOFA, CCFA, Cab. Civil, Paquet 52, Pol V D. In gleichem Tenor gehalten sind die von Koenig nach Paris gesandten Berichte und Beurteilungen,

In einer abschließenden Beurteilung der Münchener Konferenz für das Außenministerium zog der Politische Berater General Koenigs, Botschafter Jacques Tarbé de Saint Hardouin, recht interessante Schlußfolgerungen: Im Verlauf der Debatten hätte man feststellen können, daß die Ministerpräsidenten der beiden angelsächsischen Zonen eine sehr viel größere Unabhängigkeit in ihren Reden und Handlungen hätten und ihnen vor allem mehr persönliche Achtung entgegengebracht würde als wir [die Franzosen] den unsrigen zugestehen. Ein Vergleich der Methoden der Besatzung, ganz besonders was die Regelung des Handelsverkehrs und die Besatzungskosten betreffe, würde nicht zu unseren Gunsten ausfallen. Dieser Kontrast in der Stellung der Ministerpräsidenten und die Disparität zwischen den Zonen müßten sowohl im eigenen französischen wie im Interesse eines Aufbaus föderalistischer Strukturen in Deutschland möglichst bald verschwinden¹¹².

In der Tat scheint diese Münchener Ministerpräsidentenkonferenz eine gewisse Wende in der Einstellung der Spitzenbeamten der französischen Besatzungsmacht gegenüber den deutschen Politikern ihrer Zone gebracht zu haben. Zumindest der hohe Stellenwert Carlo Schmid in der deutschen Innenpolitik wurde nun den Franzosen deutlich. Von den Amerikanern wurde er noch unterstrichen: Am 21. Juni 1947 schrieb Tarbé de Saint Hardouin aus Berlin (wo er sich häufig in Kontrollratsangelegenheiten aufhielt) an das Außenministerium in Paris¹¹³, ein Amerikaner, nämlich der Chef der „Election Branch“ bei OMGUS, habe sich ihm gegenüber sehr positiv über die Teilnahme der Regierungschefs der Länder der französischen Zone an der Münchener Konferenz ausgesprochen: Ihre Gegenwart habe verhindert, daß die Konferenz in ein politisches Fahrwasser abglitt, und sie in dem von ihren Organisatoren vorgesehenen wirtschaftlichen und technischen Rahmen gehalten. Andererseits habe sie es dem Dr. Schmid ermöglicht, den Alliierten und der deutschen Öffentlichkeit seine starke Persönlichkeit zu offenbaren. Das sei ein Faktor von großer Wichtigkeit ... Die amerikanischen Behörden wünschten, der Dr. Schmid könnte seinen Einfluß verstärken und der SPD eine weniger nationalistische und mehr europäische Orientierung geben. Es sollte ihm mehr Gelegenheit gegeben werden, an Kongressen und Parteiversammlungen auch außerhalb der französischen Zone teilzunehmen.

Saint Hardouin schreibt dann weiter: „Es steht fest, daß die Persönlichkeit des Dr. Schmid, von uns ja schon anerkannt, für viele, und besonders für unsere Verbündeten, eine Offenbarung gewesen ist. Der Einfluß, den er in seiner Partei in einem gemäßigten und föderalistischen Sinne ausüben könnte, sollte nicht unterschätzt

in: AAE, Y 1944–1949, Vol. 295, Bl. 246, und Vol. 329, Bl. 210 f. (letzteres Telegramm übernimmt die Argumentation Fabres).

¹¹² M. J. Tarbé de Saint Hardouin, Ambassadeur de France, Conseiller Politique, à Son Excellence Monsieur Georges Bidault, Ministre des Affaires Etrangères, Direction d'Europe, Berlin 12 juin 1947, in: AAE, Y 1944–1949, Vol. 329, S. 186–191.

¹¹³ Dépêche No. 305/EU, J. Tarbé de Saint Hardouin à Ministère des Affaires Etrangères, Direction Europe, Berlin 21 juin 1947, objet: Opinion d'un Américain sur le Dr. Schmidt [sic!], in: AAE, Z Europe 1944–1949, Allemagne, Vol. 36, S. 77–79.

werden. Bis jetzt haben die drei anderen Besatzungsmächte in viel aktiverer Weise an der deutschen Innenpolitik Anteil genommen als wir. Es ist ihnen gelungen, zu bestimmten Parteien enge Verbindungen zu knüpfen. Wir haben in dieser Hinsicht nicht die gleichen Möglichkeiten. Ein Grund mehr, um durch die Vermittlung von deutschen Politikern zu wirken, deren Tendenzen den Zielen entsprechen, die wir uns gesetzt haben – und das ist bei Dr. Schmid in einem gewissen Grade der Fall.“

Fünf Tage später meldete Saint Hardouin in einer weiteren Depesche aus Baden-Baden nach Paris, Schmid sei für einen wichtigen Posten beim neuen Wirtschaftsrat der Bizone vorgesehen, und er sei bereit, diesen zu übernehmen. Als Autor der Verfassung von Württemberg-Baden in der amerikanischen Zone und ausgezeichnete Kenner der Verhältnisse in der französischen Zone werde er sowohl von den Verbündeten der Franzosen wie von den deutschen bizonalen Behörden als eine Persönlichkeit betrachtet, die engere Verbindungen zwischen den Ländern Süddeutschlands herstellen könnte, was von diesen als unbedingt notwendig erachtet werde¹¹⁴. Seitens der SPD war Carlo Schmid tatsächlich als Vertreter Württemberg-Badens für den Exekutivrat des bizonalen Wirtschaftsrats nominiert worden. Die Kandidatur scheiterte aber letztlich an dem Umstand, daß er seinen Wohnsitz außerhalb der Bizone hatte¹¹⁵.

Am Quai d'Orsay war man aber weiterhin mißtrauisch gegenüber Carlo Schmid und nahm ihm besonders seine Forderung nach einem Besatzungsstatut, einer juristischen Festschreibung der Rechte der Besatzungsmacht, übel. Man hatte der Teilnahme der Ministerpräsidenten der eigenen Zone an der Münchener Konferenz ja nur widerstrebend zugestimmt. Sie ist dann doch in französischer Sicht einigermaßen glimpflich verlaufen. Aber eine Reise von SPD-Politikern aus der französischen Zone zu dem SPD-Parteitag, der Ende Juni in Nürnberg stattfinden sollte, wollte man auf keinen Fall gestatten – denn dabei handele es sich ja effektiv um eine Kundgebung nationalen unitarischen Charakters. Der Administrateur Général der Zone, Herr Laffon, verwandte große Mühe darauf, die Pariser Zentrale von solchen Restriktionen abzubringen – mit genau der Argumentation, die Schmid selbst in seinem Gespräch mit dem Konsul d'Huart Anfang Mai vorgebracht hatte¹¹⁶. Und Tarbé de Saint Hardouin schickte warnende Noten nach Paris: man würde nur die

¹¹⁴ Dépêche No. 388/EU, J. Tarbé de Saint Hardouin à Ministre des Affaires Etrangères, Direction Europe, Baden-Baden 26 juin 1947, in: AAE, ebenda, S. 97.

¹¹⁵ Vgl. dazu AVBRD, Bd. 3 (Juni-Dezember 1947), S. 182, Anm.

¹¹⁶ „Il soulignait en même temps que d'autres leaders politiques importants de notre Zone faisaient preuve d'une certaine 'atirance' vers Francfort: cas de M. Schmitt [sic!], ex-ministre-président du Wurtemberg-Sud, dont la personnalité dépasse largement, par son rayonnement, le cadre de ce petit territoire. Prétendre enfermer de force de tels hommes dans notre Zone, et à fortiori dans l'un des petits Etats artificiels constitués par nous, est fatalement les rejeter à la longue dans la Zone anglo-saxonne. – Paris se rendit finalement aux raisons de M. Laffon, et permit la participation au Congrès de Nuremberg. Mais cette décision opportune est en contradiction avec la ligne générale précédemment prescrite.“ Aufzeichnung des Gesprächs einiger Abgeordneter mit Laffon am 9.7.47, S. 20, in: AAN (Anm. 102). Vgl. auch die Note vom 20. Juni 1947 „Le Président Schmid avant le congrès de Nuremberg“ in: AOFA, CC, Pol II B – Personnalités – S (Paquet 27).

antifranzösischen und zentralistischen Elemente in der SPD stärken, wenn man Schmid's Teilnahme am Nürnberger Kongreß verbieten würde. Das Verbot wurde schließlich wieder aufgehoben.

Carlo Schmid nahm an dem vom 29. Juni bis 2. Juli 1947 in Nürnberg stattfindenden Parteitag der SPD teil und hielt am 1. Juli in der Diskussion über das Referat von Walter Menzel (Düsseldorf) „Der Aufbau der deutschen Republik“ eine Ansprache, die ihm viel Beifall eintrug. Schmid sprach sich dabei deutlich für einen föderalistischen Aufbau des neuen deutschen Staates aus: die neue „Reichs“-Verfassung sollte so viel Föderatives enthalten, wie ohne Schädigung der deutschen Gesamtinteressen verantwortet werden könne, und nur so viel Zentralismus, wie um der Gesamtbelange willen notwendig sei. Die Zufallsgrenzen der neu entstandenen Länder müßten geändert werden können. Im übrigen gab er auch hier seinem Hauptanliegen, der Schaffung eines Besatzungsrechts, breiten Raum und äußerte sich in kräftigen Worten über die Besatzungsherrschaft, wie er sie erfahren hatte: „... die Verfassungen der Länder, die weithin praktisch nichts anderes sind als Literatur. Es kann ja jeder Quartiermacher, jeder Militärpolizist ihre Grundrechte gegenstandslos machen, und die Landtage sind ja nur weithin wenigstens insoweit souverän, als die Besatzungsmächte ihnen das von Fall zu Fall erlauben ... Die wirkliche Verfassung, unter der wir leben, sieht so aus: Sie besteht aus zwei Artikeln:

Artikel 1. Die Staatsgewalt in Deutschland geht nicht vom deutschen Volke, sondern von den Besatzungsmächten aus. Sie sind dabei absolut und nur an Beschränkungen gebunden, die sie sich selber auferlegen wollen.

Artikel 2. Die Besatzungsmächte können gewisse Befugnisse an deutsche Stellen und von ihnen geschaffene Zonenorgane übertragen, die ihrer Kontrolle unterstehen, und diese Kontrolle kann auftrennen, was je und je von den Länderregierungen und Zonenorganen gewoben worden ist. ...“¹¹⁷

Bei den am gleichen Tag vorgenommenen Vorstandswahlen wurde Carlo Schmid mit einer der höchsten Stimmzahlen in den Parteivorstand der SPD gewählt. Das war ein beachtlicher Erfolg für einen Mann, der erst vor anderthalb Jahren dieser Partei beigetreten war. Aber damals war es eben noch eine Sensation, wenn sich ein so angesehenen Professor für die Sozialdemokratische Partei engagierte.

¹¹⁷ Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 29. Juni bis 2. Juli 1947 in Nürnberg, S. 139–142, Zitate S. 140 u. 142; siehe auch Schmid, Erinnerungen, S. 292 ff. Im Bericht Saint Hardouins nach Paris vom 21. 7. 48 (unterzeichnet p. o. F. Seydoux) heißt es abschließend: „Le Dr. Schmid a respectueusement salué ces doctrines officielles; puis il a franchement et sans détours abordé le problème actuel, celui devant lequel chaque Allemand se trouve quotidiennement placé. Position démagogique dira-t-on? Peut-être, mais qui ne manque pas de ténacité. Karl Schmid, homme politique rusé et prudent ne se serait pas engagé dans cette voie s'il n'avait senti, s'il n'avait su que ce problème n'inquiète pas les Allemands seuls, mais qu'il est à l'ordre du jour des préoccupations de certains Alliés.“ AAE, Y 1944–1949, Vol. 295, S. 139–144.

Carlo Schmid im Urteil der Franzosen

Kurz nach dem Nürnberger Kongreß hatte Schmid Gelegenheit, seine Beschwerden und Vorstellungen dem Politischen Berater des französischen Oberkommandierenden selbst vorzutragen. Botschafter Tarbé de Saint Hardouin benützte die Gelegenheit eines Aufenthaltes in Baden-Baden, Carlo Schmid zu sich kommen zu lassen, um den Mann, von dem er so viel Interessantes gehört hatte, einmal selbst kennenzulernen und mit ihm ein Gespräch zu führen. Es wurde eine über vierstündige Unterredung daraus, die Saint Hardouin offensichtlich stark beeindruckt hat, denn er hat darüber sehr ausführlich nach Paris berichtet¹¹⁸. Carlo Schmid brachte die hauptsächlichsten Gravamina über die Besatzung in Württemberg-Hohenzollern zur Sprache; er äußerte sich kritisch über die von den Franzosen oktroyierte Schulreform, über Pressepolitik, Entnazifizierungsprobleme etc. Der französische Diplomat, damals einer der wichtigsten Männer der französischen Militärregierung, interessierte sich aber auch für Schmid's Stellung in der SPD, seine Meinung über Schumacher und andere führende SPD-Politiker und seine Vorstellungen von einem künftigen Deutschland. „Als Großbürger, der der Professor Schmidt [sic!] ist, ist er ein Sozialist sehr gemäßigter Tendenz. Viel mehr als Karl Marx sind seiner Angabe zufolge zwei Franzosen seine wahren Lehrmeister: Proudhon und Tocqueville . . .“

Schmid benutzte die Gelegenheit, Kurt Schumachers Haltung zu erklären und zu verteidigen – obwohl er ihn andererseits eines heftigen Charakters bezichtigte, „der nur Gehilfen und keine Stabschefs akzeptieren kann“. Schumacher habe immerhin durch die Verhinderung der Fusion der SPD mit der KPD Deutschland vor dem Bolschewismus gerettet. Schumachers unitaristische Erklärungen dienten hauptsächlich dazu, der SED Paroli zu bieten. Er sei letzten Endes dem Föderalismus gar nicht so feindlich gesinnt, wie es in der Öffentlichkeit zum Ausdruck käme. Auch wisse er genau, daß das Europa von morgen nur durch eine Entente zwischen Deutschland und Frankreich geschaffen werden könne.

Was Schmid's eigene Haltung betreffe, so sei er gerade nach München und Nürnberg noch stärker der Meinung, daß Deutschland von den Regierungen der Länder gestaltet werden müsse. Im übrigen sehe Schmid die Spaltung Deutschlands in zwei Teile als beinahe zwangsläufig an. Zur Zeit scheine es nicht möglich zu sein, in der russischen Zone sinnvollen Einfluß zu nehmen. Man müsse sie zurückgewinnen, aber dafür sei es vielleicht schon zu spät. Berlin sei in seinen Augen heute ein vorgeschobener Posten, aber nicht mehr Hauptstadt. „Als ich ihn fragte, was seiner Meinung nach das Ergebnis eines Plebiszits für die Festlegung der Hauptstadt Deutschlands sei, antwortete er: ‚Der Zeitpunkt für ein solches Plebiszit ist noch nicht gekommen. Im Moment können wir nur ein Provisorium machen und das war übrigens der Hauptsinn meiner Rede in Nürnberg. Es geht darum, die Dächer zu nut-

¹¹⁸ No. 429/EU, J. Tarbé de Saint Hardouin à Ministre des Affaires Etrangères, Direction Europe, Baden-Baden, 9 juillet 1947, A.S. Entretien avec M. Karl Schmidt [sic!], in: AAE, Z Europe 1944–1949, Allemagne, Vol. 36, S. 109–120.

zen, die man vorfindet, sie auszubauen, seinen Unterschlupf komfortabel zu machen. Alles weitere werden wir später sehen.“ Mit dieser pragmatischen, auf Ausgleich bedachten Haltung, der Art und Weise, wie Schmid vehement die Interessen seines Landes vertrat und dabei seine Möglichkeiten klug einzuschätzen wußte, nicht zuletzt aber auch mit seiner romanischen Wesensart gewann er die Sympathie des Botschafters, der abschließend nicht umhin konnte zu bemerken: „Mais, s'il aime sa petite patrie, elle n'en demeure pas moins un moule trop étroit pour ses aspirations, dignes d'un talent véritable et d'une grande confiance en lui-même. Sa sagesse est de savoir qu'à l'heure actuelle il est trop tôt pour déterminer quel est le cadre plus vaste dans lequel il les déploiera: un nouveau Reich, une Confédération germanique ou européenne, un poste international? – En se déclarant partisan du fédéralisme, il a peut-être choisi le plus sûr moyen de se ménager l'avenir.“

Der Spielraum deutscher Politiker blieb aber weiterhin eingeengt. Zumindest auf französischer Seite wollte man Treffen von Parteipolitikern aller Zonen tunlichst vermeiden. Im September 1947 richteten prominente britische Politiker an den französischen Außenminister Bidault die Bitte, eine Einladung führender deutscher Politiker auch aus der französischen Zone zu einem Besuch in London zu gestatten – aus jeder Zone sollte je ein Vertreter der vier Parteien kommen. Bidault ließ den Engländern aber mitteilen, er halte es nicht für gut, daß sich deutsche Parteivertreter aller Zonen treffen, während noch über einen Friedensvertrag mit Deutschland verhandelt werde¹¹⁹.

Berichte über Carlo Schmid's Teilnahme an der kulturpolitischen Konferenz der SPD in Ziegenhain (Nordhessen) im August 1947 – bei der unter Schmid's maßgeblicher Mitwirkung eine Resolution verfaßt worden war, die eine deutliche Distanzierung von traditionellen marxistischen Positionen und eine Annäherung an progressive Kreise in der Evangelischen Kirche dokumentierte – veranlaßten Saint Hardouin, gegenüber Paris noch einmal entschieden für Schmid einzutreten: „Ohne Zweifel hat der Kongreß von Ziegenhain den Einfluß Dr. Schmid's in der sozialdemokratischen Partei verstärkt. Dieser Einfluß überschreitet heute bei weitem den Rahmen der französischen Zone, die der ehemalige Ministerpräsident sichtlich seinen Ambitionen nicht angemessen empfindet. Die Anerkennung seines wachsenden Ansehens außerhalb der Grenzen unserer Länder hat im übrigen, zumindest vorläufig, das Ergebnis gehabt, daß sich seine heftige Kritik hinsichtlich unserer Militärregierung abgeschwächt hat. Angesichts des Antagonismus, in dem sich die uneinigen alliierten Kräfte heute auf deutschem Boden gegenüberstehen, scheint der Dr. Schmid sein Lager gefunden zu haben, und der Einsatz seiner Persönlichkeit und seines Talents wird vielleicht entscheidend sein für den Erfolg der oft widersprüchlichen Anpassungsbemühungen, denen die deutsche Sozialdemokratie ausgesetzt ist.“¹²⁰

¹¹⁹ AAE, Z Europe 1944–1949, Allemagne, Vol. 51.

¹²⁰ No. 673/EU, J. Tarbé de Saint Hardouin ... à Ministre des Affaires Etrangères, Direction d'Europe, Baden-Baden, 8 octobre 1947. A. S. Entretien avec le Dr. Schmid sur l'évolution doctri-

In der Wertschätzung der leitenden Beamten und Offiziere der französischen Militärregierung war Carlo Schmid inzwischen enorm gestiegen und für manche sozusagen der deutsche Renommierpolitiker der französischen Zone geworden, den man gerne auch den verbündeten Kollegen präsentierte. Als der britische Kontroll-offizier Chaput de Saintonge im September 1947 seine Reise durch die französische Zone machte, wurden ihm bei einem Essen mit Gouverneur Widmer Ministerpräsident Bock, Innenminister Renner und Justizminister Schmid vorgestellt. „The French were particularly anxious that I should talk to Dr. Schmid, as they consider him the rival of Schumacher, and one of the most popular Social Democrats in Germany. . . . The French seemed to be prepared to push him without, however, being willing to trust him too much.“ Natürlich sprach Schmid mit Chaput de Saintonge über seine Vorstellungen von einem Besatzungsstatut¹²¹.

Bemerkenswert, weil recht treffend, ist die Charakteristik Schmid's in dem ausführlichen amerikanischen Intelligence-Bericht „France in Germany“ vom Oktober 1947¹²²: „The one leader in the French Zone of conspicuously high talents is a member of the SP, Dr. Karl Schmid . . . He is generally considered a brilliant man, but also frequently thought to be an ‚improvisor‘ with whom nobody can be really certain of what he is going to say tomorrow. The French have described him as a federalist, not considered to be exactly a follower of the SPD's central leader, Kurt Schumacher. They added, however, ‚It is not really known what Mr. Schmid's federalism looks like, and one cannot be sure that Mr. Schmid knows it himself.‘ A few months later, Schmid strongly disappointed the French by a very critical speech at the SPD convention at Nueremberg, a speech of exactly the type which the French do not want any representative of their zone to deliver. Apparently the French resentment, which at first turned rather strongly against Mr. Schmid, has meanwhile calmed down.“ Hier wird aber wohl Schmid's Auftreten auf der Münchener Ministerpräsidentenkonferenz mit dem kurz danach abgehaltenen SPD-Parteitag verwechselt.

Demgegenüber klingt das Urteil über seine Haltung im Bericht der französischen Sûreté sehr positiv¹²³: „Sicher ist Schmid zutiefst Deutscher; aber man würde ihm nicht Unrecht tun, wenn man ihn als ‚Kollaborateur‘ großer Klasse bezeichnet, der auf geschickte Weise die Interessen seines Landes und die Frankreichs auszugleichen versteht. Bis jetzt ist das für die französische Verwaltung nur nützlich gewesen . . .

nale du parti social-démocrate (S.P.D.). Rapprochement du Parti avec l'Eglise Protestante, in: AAE, Z Europe 1944–1949, Allemagne, Vol. 51, S. 226–228. Auf die Ziegenhainer Tagung, die von den Franzosen als sehr bedeutungsvoll angesehen wurde, geht auch die umfangreiche Studie der Sûreté über die SPD in Süd-Württemberg (vgl. Anm. 13) ausführlich ein. Vgl. dazu auch Hirscher, Carlo Schmid, S. 36 f.

¹²¹ R. A. Chaput de Saintonge: Visit to the French Zone of Germany, 19th to 26th September 1947; wie Anm. 40; vgl. auch dessen spätere Beurteilung bei Reiner Pommerin, Die Mitglieder des Parlamentarischen Rates. Porträtskizzen des britischen Verbindungsoffiziers Chaput de Saintonge, in: VfZ 36 (1988), S. 557 ff., bes. S. 580.

¹²² Special Intelligence Summary, „France in Germany“ vom 18. 10. 47, S. 20.; wie Anm. 66.

¹²³ Contrôle de la Sûreté du Wurtemberg, Contribution à l'Etude du Parti Socialiste dans le Wurtemberg-Sud, Janvier 1948, wie Anm. 13.

Er verteidigt die deutschen Interessen, aber er hat dabei niemals eine Position gegen die Interessen der französischen Besatzungsmacht eingenommen. Er hat seine Zwecke erreicht, indem er mit ihr und nicht gegen sie arbeitete. Vielleicht könnte man geltend machen, daß es seiner unbezweifelbaren Gewandtheit an Aufrichtigkeit mangelt? Im Endergebnis kann man Schmid aber keine Haltung von Feindseligkeit oder selbst von Opposition vorwerfen.“

General Koenig, der Chef der französischen Militärregierung in Deutschland, hatte – obwohl mehr Soldat als politisch denkender Kopf – schon bei Schmid's Ansprache anlässlich der Einweihung der Gedenkstätte für die Nazi-Opfer in Schömburg zu diesem Vertrauen gewonnen. Als Generaladministrator Laffon Ende November 1946 ein Donnerwetter über Schmid ergehen ließ, weil er in der eben erst zusammengetretenen Landesversammlung so kritisch über die französische Besatzung gesprochen hatte, wurde dieser anschließend auch von Koenig empfangen. Er hörte sich Schmid's Argumente an und gab ihm zu verstehen, daß er an seiner Stelle wohl nicht anders gehandelt hätte. Um die Jahreswende 1947/48 und in den folgenden Monaten, als sich abzeichnete, daß in der französischen Politik gegenüber Deutschland Wandlungen eintreten würden, die nicht unbedingt im Sinne Koenig's waren, suchte der General sogar mehrmals ein Gespräch unter vier Augen mit Schmid, um dessen Ansichten über die künftige Entwicklung in Deutschland kennenzulernen¹²⁴.

Besatzungspolitik im Windschatten der internationalen Entwicklung

Nach der ersten parlamentarischen Regierungsbildung in Württemberg-Hohenzollern im Juli 1947 reduzierte sich zwar Carlo Schmid's Position bei den Verhandlungen mit der französischen Besatzungsmacht. Er war nicht mehr der erste Mann im Staate, aber er wurde als Stellvertreter des Staatspräsidenten eine Art „Außenminister“ des Landes und vertrat dieses weiterhin in Stuttgart und bei den nun immer häufiger werdenden interzonalen Konferenzen der Länder der drei Westzonen. Staatspräsident Bock betraute ihn ebenso mit den Verhandlungen mit den Franzosen und Schmid bemühte sich, soweit das möglich war, um einen Ausgleich zwischen den Forderungen des Landtags und den Interessen der Militärregierung. Die Stellung der Landesregierung zwischen der parlamentarischen Instanz, die sie gewählt hatte, und der Besatzungsmacht, gegenüber der sie allein verantwortlich war, war äußerst schwierig. Lorenz Bock mußte in seiner Regierungserklärung feststellen, daß Gesetzgebung, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung der Regierung vor allem auf dem Gebiet der Wirtschaft weiter sehr stark eingeschränkt sind.

Nach wie vor war eine Kritik der Militärregierung oder einzelner ihrer Maßnahmen in der Öffentlichkeit, und damit auch in Landtagssitzungen, verboten¹²⁵. Die

¹²⁴ Schmid, *Erinnerungen*, S. 267, 274 u. 306 f.

¹²⁵ Vgl. Telegramme Laffons an die Délégués Supérieurs No. 1721 vom 4. 4. 46 u. 6594 vom 20. 6. 47, in: AOfA, Pol. III, C3, carton 32. Gouverneur Widmer drückte sich höflicher aus; er äußerte ledig-

Hauptprobleme des Landes lagen damals aber im wirtschaftlichen Bereich: die weiterhin schwierige Ernährungssituation (gerade auch durch die Entnahmen der Besatzungsmacht verursacht), die starke Abholzung der Wälder für französische Zwecke und die Demontagen. Man empfand es als bedrückend, daß gerade darüber nicht öffentlich diskutiert werden durfte. Als die Behandlung einer großen Anfrage über die Holzhiebe im Landtag Ende April 1948 seitens der Militärregierung verboten wurde, trat der Landtag kurzerhand in Streik und vertagte sich auf unbestimmte Zeit. Das war mitten in der zweiten Phase der Londoner Konferenz der sechs Westmächte, und es war inzwischen abzusehen, daß in nicht allzu ferner Zeit ein westdeutsches Staatsgebilde entstehen würde, dem sicher auch die französische Zone angehören dürfte. Man meinte, sich nun mehr erlauben zu können. Auf französischer Seite war man konsterniert und reagierte nervös. Oberst Corbin de Mangoux zitierte den Landtagspräsidenten zu sich und machte ihm Vorhaltungen. Der Landtag habe die Regeln nicht eingehalten, die ihm bei seiner Konstituierung von der Besatzungsmacht gegeben worden seien. Man sei jetzt erst im dritten Nachkriegsjahr. Er verstehe, daß drei Jahre Besatzung keine Grundlage für ein gutes Einverständnis seien. Frankreich habe auch eine vierjährige Besatzung ertragen müssen¹²⁶.

Man vermutete ein wohl vorbereitetes Manöver. Carlo Schmid suchte zu beschwichtigen: „Ich habe dieser Auffassung widersprochen und Oberst de Mangoux geraten, nicht den starken Mann zu spielen und keine Maßnahmen spektakulärer Art im Hinblick auf das Prestige der Besatzungsmacht zu ergreifen. Die Militärregierung solle die Sache laufen lassen und vorläufig nichts tun. Nach einer gewissen Frist müßte dem Landtag französischerseits Entgegenkommen gezeigt werden. Oberst de Mangoux fand diesen Vorschlag vernünftig und sagte zu, ihn Gouverneur Widmer zu unterbreiten.“¹²⁷ So kam es denn auch; am 11. Juni konnte Bock vor dem wieder zusammengetretenen Landtag eine Erklärung des Gouverneurs verlesen, die den Abgeordneten eine freie Debatte auch über die zur Entscheidung der Militärregierung vorbehaltenen Gebiete zugestand.

Am 15. Juli 1948, also zwei Wochen nach der Übergabe der „Frankfurter Dokumente“ an die Ministerpräsidenten der deutschen Länder in den drei Westzonen, mit denen die westdeutsche Staatsbildung eingeleitet wurde, verkündete General Koenig in einem langen Schreiben an die drei Gouverneure der französischen Zone schließlich generell die Übertragung erweiterter Freiheiten und Zuständigkeiten an

lich den Wunsch, „die Abgeordneten des Landtags möchten sich in ihren Äußerungen Zurückhaltung auferlegen, um die Beziehungen zur Militärregierung nicht zu vergiften“; Niederschrift über die 3. Sitzung des Staatsministeriums am 1. 8. 47, in: StA Sigm., Wü 2/778, 18 ff.

¹²⁶ Niederschrift über die Unterredung des Landtagspräsidenten Gengler mit Colonel de Mangoux am 29. April 1948, 18.30 Uhr, betr. Vertagung des Landtags, in: StA Sigm., Film S IV 873, Wü 2/4a/S. 14 ff.

¹²⁷ Niederschrift über die 46. Sitzung des Staatsministeriums . . . , 30. 4. 48, S. 2, in: StA Sigm., Film S IV 924, Wü 2/778/S. 324 ff. Vgl. auch NL Carlo Schmid, AsD, Mappe 1103; Nüske, in: Das Land Württemberg-Hohenzollern, S. 97 ff.; Konstanzer, Entstehung, S. 70 ff.

die deutschen Behörden. „So wird den Landtagen größere Freiheit der Meinungsäußerung gegeben, die Überwachung der Gesetzgebungs- und Verwaltungstexte wird gelockert, die Formvorschriften für die Errichtung von Vereinigungen und Gewerkschaften werden vereinfacht, das Versammlungsrecht erweitert, das Presse- und Verlagswesen erleichtert ...“, – das alles aber unter Aufrechterhaltung der Verordnung No. 95 als „Grundgesetz (Charte) der Besatzung“¹²⁸.

Inzwischen kündigte sich schon ein neuer, noch größerer Konflikt an. Nachdem schon 1946 und 1947 eine große Anzahl von Maschinen aus Industrie- und Handwerksbetrieben Württemberg-Hohenzollerns zu Reparationszwecken entnommen worden waren, wurde Ende 1947 eine dritte umfangreiche Demontage-Liste in der Öffentlichkeit bekannt, die im Lande große Erregung auslöste. Verhandlungen mit den Franzosen, die sich den ganzen Winter und während des Frühjahrs und Sommers 1948 hinzogen, führten nur zu minimalen Erfolgen. Die Franzosen wiesen darauf hin, daß diese Listen nicht von ihnen stammten, sondern von der Interalliierten Agentur für die Reparationen Deutschlands (IARA) in Brüssel aufgestellt worden seien, was die Möglichkeiten der Reduzierung erschwerte. Nach der Einbeziehung der französischen Zone in das Marshallplan-Programm (April 1948) und der Durchführung der Währungsreform (20. Juni 1948) erhoffte man sich auch in der französischen Zone eine spürbare Besserung der wirtschaftlichen Lage. Umso erbitterter war man über die neue Demontagewelle – zumal man gleichzeitig erfuhr, daß in der US-Zone die Demontagen abgeschlossen und in der britischen im Auslaufen seien¹²⁹.

Nicht nur im Landtag, auch von einzelnen Regierungsmitgliedern wurden Protestaktionen gefordert. „Der Ministerrat tagte unter Bocks Vorsitz oft nahezu in Permanenz. Monate über Monate vergingen, ohne sichtbaren Erfolg. Man sah es dem Staatspräsidenten, mit dem ich fast täglich beriet, an, wie er alt wurde, wie ihn die Last der Hoffnungslosigkeit tief niederdrückte“, schrieb Gebhard Müller, damals Vorsitzender der CDU-Fraktion des Landtags, in einem seiner Erinnerungsvorträge¹³⁰. Am frühen Morgen des 4. August 1948 ist Lorenz Bock an Erschöpfung gestorben. Unter dem Eindruck seines Todes beschloß die Regierung auf ihrer Sondersitzung am gleichen Tage, geschlossen zurückzutreten. In der Landtagssitzung am Vormittag des 6. August hielt Carlo Schmid die Gedenkrede auf Bock, in der Nachmittagssitzung, nach einer großen Rede Wildermuths über die Auswirkungen der Demontage, verkündete er den Rücktritt der Regierung¹³¹.

Gouverneur Widmer betrachtete diese Entscheidung als einen Affront gegen ihn

¹²⁸ Deutsche Übersetzung des zehneitigen Schreibens in StA Sigm., Film S IV 873, Wü 2/4a, S. 2 ff. Zur Ordonnance No. 95 vom 9. 6. 47 und ihren Ausführungsbestimmungen vgl. Konstanzer, Weisungen, S. 207 f.; Sigmann, L'Allemagne, S. 60 f.; Hudemann, Zentralismus, S. 202 ff.

¹²⁹ Vgl. Erklärung von Wirtschaftsminister Wildermuth im Landtag am 30. 7. 48, Verh.-Prot. S. 530 f.; zur Demontage allg. den entsprechenden Abschnitt von Gustav v. Schmoller in: Das Land Württemberg-Hohenzollern, S. 227 ff.

¹³⁰ Zit. nach Nüske, in: ebenda, S. 102.

¹³¹ Prot. d. Verh. des Landtags für Württemberg-Hohenzollern, 37. Sitzung, 6. Aug. 1948, S. 555 ff.

persönlich und teilte Schmid kühl mit, daß die zurückgetretene Regierung keine Vertreter zu den Verhandlungen der Ministerpräsidenten über Verfassungsfragen und Grenzänderungen entsenden könne. Schmid antwortete, etwas höflicher, solche seien bis zum 13. August, an dem ein neuer Staatspräsident gewählt werden solle, auch nicht vorgesehen¹³².

Die große Krise zwischen deutscher Landesregierung und französischer Militärregierung in Württemberg ereignete sich nicht von ungefähr zu einem Zeitpunkt, zu dem die direkte Machtausübung auch der französischen Besatzungsmacht ihrem Ende zuging. Am gleichen Tage, an dem Gebhard Müller als Nachfolger Bocks zum Staatspräsidenten gewählt wurde, bestimmte der Landtag Carlo Schmid und Paul Binder zu Vertretern des Landes Württemberg-Hohenzollern im Parlamentarischen Rat (Carlo Schmid, obwohl dem Lande aufgrund der Mehrheitsverhältnisse eigentlich zwei CDU-Vertreter zugestanden hätten). Zwei Tage vorher war Schmid schon zu den Sachverständigenberatungen über eine deutsche Verfassung nach Herrenchiemsee gefahren¹³³, kam aber am 13. August noch einmal nach Bebenhausen zurück. Zu Beginn des Monats hatten auf dem Hohenneuffen die ersten Gespräche über die Bildung eines Südweststaates begonnen, begleitet von einer großen Pressekampagne in beiden Württemberg¹³⁴. Noch in der ersten Hälfte des Jahres 1948 war dieses Thema in der französischen Zone tabu gewesen, durfte in der Presse nicht erörtert werden. Was sich während des Landtag-Streiks schon abzeichnete, war am Tage des Regierungsrücktritts längst offenkundig geworden: Den Deutschen wurde es ermöglicht, die politische Gestaltung ihres Landes in immer stärkerem Maße wieder selbst in die Hand zu nehmen – ob die Franzosen das nun gerne sahen oder nicht.

Angesichts der internationalen Entwicklung, die zum „Kalten Krieg“ zwischen den angelsächsischen Mächten und der Sowjetunion führte, waren Amerikaner und Briten gewillt, den in ihrem Machtbereich liegenden Teil Deutschlands wirtschaftlich und staatlich wiederaufzubauen, um ein Bollwerk gegen ein weiteres Vordringen des Kommunismus in Europa zu schaffen. Auf amerikanische Wirtschaftshilfe angewiesen, mußte Frankreich, wenn es nicht isoliert werden wollte, den Wünschen der Amerikaner nachgeben und seine deutschlandpolitischen Ziele (kein neues deutsches Reich, Trennung des Rheinlandes vom übrigen Deutschland, Internationalisie-

¹³² Briefwechsel vom 9. 8. 48 in StA Sigm., Film S IV 923, Wü 2/767/S. 3 ff. Der Brief des Gouverneurs enthält weder Anrede noch Grußformel!

¹³³ Siehe dazu Der Parlamentarische Rat 1948–1949, Akten und Protokolle, hrsg. vom Deutschen Bundestag u. vom Bundesarchiv, Bd. 2: Der Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee, bearb. von Peter Bucher, Boppard/Rh. 1981. Zur Beteiligung Carlo Schmid's an den Verfassungsberatungen, die zur Ausarbeitung des Grundgesetzes der Bundesrepublik führten, vgl. Hirscher, Carlo Schmid, S. 127 ff.; Wolfgang Benz, Von der Besatzungsherrschaft zur Bundesrepublik. Stationen einer Staatsgründung 1946–1949, Frankfurt/M. 1984.

¹³⁴ Zu den Südweststaat-Verhandlungen Konstanzer, Entstehung, S. 84 ff., sowie die Dokumentation Die Entstehung des Bundeslandes Baden-Württemberg, bearb. von Paul Sauer, hrsg. vom Landtag von Baden-Württemberg in Verb. mit dem Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Ulm 1977.

nung des Ruhrgebiets) zurückstecken¹³⁵. Der Abschluß des Vertrages von Dünkirchen (4.3. 1947), des Brüsseler Vertrages (17.3. 1948) und die Gründung der NATO (4.4. 1949) sollten ihm die notwendigen Sicherheitsgarantien sowohl vor einer eventuellen neuen deutschen wie vor einer künftigen sowjetrussischen Gefahr geben.

Ende Januar 1948 schrieb Carlo Schmid an Schumacher über ein Gespräch mit dem französischen Staatssekretär für deutsche Angelegenheiten, Pierre Schneider (anlässlich dessen Aufenthalts in Tübingen). Dieser habe ihm erklärt, in Frankreich „hätten außer einigen wenigen Leuten die meisten Politiker noch nicht den Mut, den deutschen Realitäten ins Auge zu sehen. Er gehöre zu diesen wenigen, müsse aber mit der öffentlichen Verlautbarung seiner Meinungen vorsichtig sein . . . Er sei der festen Überzeugung, daß es das Recht der Deutschen sei, sich die Verfassung zu geben, die sie wünschten. Er glaube, daß man in Anbetracht dieser Umstände den Faktor Zeit sehr hoch einschätzen müsse. Das ‚Zu-früh‘ sei heute in Fragen der deutschen Verfassung vielleicht gefährlicher als ein evtl. ‚Zu-spät‘.“¹³⁶

Spätestens mit dem Scheitern der Londoner Außenministerkonferenz der vier Besatzungsmächte Ende November/Anfang Dezember 1947 war es offenkundig geworden, daß sich der französische Plan, die Schaffung einer „Confédération germanique“¹³⁷ mit noch lockererem Zusammenhalt als die Confoederatio Helvetica (auf die Schmid in seiner Reutlinger Rede im Januar 1946 hingewiesen hatte), nicht verwirklichen ließ. Auf der in zwei Phasen von Ende Februar bis Anfang Juni 1948 in London stattfindenden Konferenz der drei Westmächte mit den BENE-LUX-Staaten wurde den Franzosen das anglo-amerikanische Konzept eines zwar föderativ aufgebauten, aber mit zentralen Regierungsgewalten versehenen westdeutschen Staates schmackhaft gemacht.

Die französische Militärregierung in Deutschland blieb auch jetzt noch sehr zurückhaltend. Am Tage vor der Übergabe der sogenannten „Frankfurter Dokumente“, die entsprechend den Londoner Empfehlungen die Ermächtigung zur Einberufung einer deutschen Verfassungsgebenden Versammlung und zur Änderung der Ländergrenzen enthielten, durch die Militärgouverneure der drei Westzonen an die Ministerpräsidenten hat Gouverneur Widmer Staatspräsident Bock „inoffiziell den Standpunkt der hiesigen Militärregierung zur Ministerpräsidentenkonferenz in Frankfurt zur Kenntnis gebracht“: „Er halte die Teilnahme eines Beobachters der

¹³⁵ Zur amerikanischen Einflußnahme auf die französische Haltung in der Deutschlandfrage vgl. Hermann Graml, *Die Alliierten und die Teilung Deutschlands. Konflikte und Entscheidungen 1941–1948*, Frankfurt/M. 1985, passim.

¹³⁶ Schreiben Karl Schmid an Kurt Schumacher vom 27. 1. 1948, in: AsD, NL Schmid, Mappe 474. In seinen Erinnerungen (S. 312) bemerkt Schmid mit Recht, daß Schneider, ebenso wie sein Nachfolger Alain Poher, „offenbar wenig Einfluß auf das außenpolitische Grundverhalten ihrer Regierung“ hatte. Die französische Außenpolitik wurde in dieser Zeit ausschließlich am Quai d'Orsay bestimmt. Über weitere Gespräche Schmidts mit Schneider siehe Erinnerungen, S. 414.

¹³⁷ So noch Saint Hardouin in seinem Bericht vom 9. 7. 47, siehe Anm. 118.

Regierung für völlig ausreichend, da doch keine weittragenden Beschlüsse gefaßt werden könnten. Es bestehe keine Notwendigkeit, die Londoner Empfehlungen anzunehmen und man sollte von der Schaffung eines westdeutschen Staates zum mindesten im gegenwärtigen Augenblick absehen, damit kein Anlaß zu einem Krieg gegeben werde.¹³⁸ Mit solchen Retardierungsversuchen war aber die Entwicklung nicht mehr aufzuhalten.

Carlo Schmid's Forderung nach einem Besatzungsstatut

Seine Erfahrungen mit der Willkür der französischen Besatzungsmacht ließen Carlo Schmid zum eifrigsten Fürsprecher einer Regelung des Besatzungsrechts werden. Die französische Militärregierung fühlte sich an irgendwelche Rechtsschranken nicht gebunden, wenn sie auch in der Praxis mehr und mehr sich anschickte, relativ maßvoll vorzugehen. Wiederholt hatte Carlo Schmid bei der Militärregierung in Tübingen wie in Baden-Baden nachdrücklich in dieser Frage verhandelt, aber ohne jegliches Ergebnis. Nach französischer Auffassung galt die Haager Landkriegsordnung nicht.¹³⁹ Die in der Haager Landkriegsordnung niedergelegten Bestimmungen hatten auch lediglich eine Besetzung zu militärischen Zwecken von relativ kurzer Dauer zur Voraussetzung und nicht die Besetzung eines Staates nach dessen totaler Kapitulation, die eine treuhänderische Regierung durch einen Kontrollrat vorsah und eine Demilitarisierung und Demokratisierung des besetzten Staates zum Zweck hatte. Nach Schmid's Auffassung waren die Grundsätze, nach denen die Besatzungsmächte ihre Herrschaft ausübten, die eigentliche Verfassung Deutschlands. „Wir werden also erst von dem Augenblick ab in Deutschland ernsthaft von Demokratie reden können, in dem die Besatzungsgewalt selbst sich rechtsstaatlichen und demokratischen Grundsätzen unterwirft.“¹⁴⁰

Carlo Schmid hat sehr früh, schon im Jahr 1946, begonnen, dieses Problem in der Öffentlichkeit darzulegen¹⁴¹. Eine erste Vertiefung erfolgte auf dem Konstanzer Juristentag am 2. Juni 1947. Etwa zur gleichen Zeit bat Schmid seinen juristischen Mitarbeiter Gustav von Schmoller, einen Entwurf für sein Referat bei der Münchener Ministerpräsidenten-Konferenz anzufertigen¹⁴². Am 4. Juni 1947 wird aber auch

¹³⁸ Prot. d. 59. Sitzung des Staatsministeriums, 30. 6. 48, in: StA Sigm., Film S IV 924, Wü 2/778, S. 408.

¹³⁹ Eschenburg, Erinnerungen an die Münchener Ministerpräsidenten-Konferenz, S. 412.

¹⁴⁰ C. Schmid in einem Manuskript „Über die Notwendigkeit eines Besatzungsstatuts“, in AsD, NL, Mappe 81.

¹⁴¹ Vgl. etwa den Bericht des französischen Konsuls in Stuttgart u. Tübingen, P. d'Huart, an Saint Hardouin vom 12. 10. 1946 über eine Ansprache Schmid's anlässlich der Eröffnung einer „Assemblée Economique Consultative du Wurtemberg“ (?) in Tübingen, in: AAE, Y 1944–1949, Bd. 288, Bl. 221 f.

¹⁴² Vgl. Gustav v. Schmoller: Württemberg-Hohenzollern unter der Last der französischen Besetzung, in: Das Land Württemberg-Hohenzollern, S. 217 ff.

der Staatsrechtler Professor Wilhelm Grewe vom Staatssekretariat „mit der Ausarbeitung eines zukünftigen Besatzungs-Statuts beauftragt“¹⁴³.

Am zweiten Tag der Münchener Ministerpräsidenten-Konferenz hielt Schmid sein Referat über die Schaffung eines Besatzungsrechts¹⁴⁴. Er wies darin auf die Notwendigkeit des Ausgleichs und der Abgrenzung zwischen den Rechten der Besatzungsmacht und den Befugnissen der deutschen Dienststellen hin. Kompetenzen und Zuständigkeiten der Besatzungsmächte müßten genau so definiert werden wie die erforderlichen Leistungen der besetzten Länder. Vor allem sei eine gerechte Relation der Besatzungslasten, sowohl der Sach- wie der Dienstleistungen, herzustellen. Die Besatzungskosten sollten für längere Zeiträume in Pauschalbeträgen festgesetzt und der Finanzkraft der einzelnen Länder angepaßt werden, sonst sei keine zuverlässige Haushaltsführung möglich. Ein großes Problem sei die Ernährung der Besatzungstruppen aus dem Lande, die zwar einer alten Soldatenregel entspreche, heute aber nicht mehr durchführbar sei. „Wo es sich aber doch nicht umgehen läßt, sollte man darüber übereinkommen können, daß für die Versorgung der Besatzungstruppen nur so viel Lebensmittel aus dem besetzten Land entnommen werden dürfen, daß ein bestimmter Mindestkaloriensatz für die Versorgung der deutschen Zivilbevölkerung gewährleistet bleibt.“ Ähnliche Rücksichten seien, besonders wegen der Unterbringung der Flüchtlinge, auch bei den Quartiersansprüchen zu nehmen. Für die Arbeitsleistungen für die Besatzungsmächte seien Höchstgrenzen festzusetzen. Eine schiedsgerichtliche Instanz sollte Auslegungsfragen klären.

Man sieht, daß es dem Regierungschef eines kleinen Landes vor allem darauf ankam, die materiellen Leistungen für die Besatzungsmacht, die sein Land am meisten bedrückten, durch ein solches Statut zu klären und einzugrenzen. Natürlich konnte gerade von französischer Seite dagegen argumentiert werden, die deutsche Besatzung in Frankreich habe auch keine solchen Rechtsgrundsätze gelten lassen. Man kann aber wohl annehmen, daß Carlo Schmid bei diesen Überlegungen seine Erfahrungen aus beiden Besetzungen berücksichtigte und eine prinzipielle völkerrechtliche Regelung für erstrebenswert hielt, die die Haager Landkriegsordnung aus dem Jahre 1907 ergänzen sollte.

Die Ministerpräsidenten-Konferenz verabschiedete nur eine sehr allgemeine Entschließung „über die Regelung des Besatzungsrechts“ und setzte einen Ausschuß zur Ausarbeitung entsprechender Vorschläge ein, der unter dem Vorsitz des hessischen Staatssekretärs Hermann Brill aber nur einmal zusammentrat (18./19.7. 1947).

Seit München wurde die Forderung nach einem Besatzungsstatut zu Carlo Schmid's „Ceterum censeo“: in zahlreichen Ansprachen und Presse-Artikeln brachte

¹⁴³ StA Sigm., Film S IV 873, Wü 2/Nr. 2. Aus seinem Entwurf ist ein Buch entstanden: Wilhelm Grewe, Ein Besatzungsstatut für Deutschland. Die Rechtsformen der Besetzung, Stuttgart 1948.

¹⁴⁴ Siehe AVBRD, Bd. 2, S. 567 ff.; in etwas verkürzter Form auch veröffentlicht in: Jahrbuch für internationales und ausländisches Öffentliches Recht, Bd. I, 1948, S. 123 ff.

er sie vor – mit recht drastischen Beispielen kurz nach München auf dem SPD-Parteitag in Nürnberg, was den Parteivorstand veranlaßte, im Dezember 1947 eine Denkschrift über ein Besatzungsstatut an den Alliierten Kontrollrat zu schicken¹⁴⁵. Mitte Oktober 1947 sprach Schmid über sein Anliegen im Zonenbeirat der britischen Zone, im Februar 1948 im neugeschaffenen Ausschuß für Staats- und Völkerrecht des Deutschen Büros für Friedensfragen, kurz danach in einer Diskussionsrunde im Nordwestdeutschen Rundfunk, am 9. Mai 1948 auf dem Bezirksparteitag der SPD in Berlin; es gab sicher noch mehr Gelegenheiten, die weniger bekannt geworden sind.

Die Richtlinien für ein Besatzungsstatut, die am 1. Juli 1948 als drittes der „Frankfurter Dokumente“ von den Alliierten Oberbefehlshabern verkündet wurden, hatten allerdings einen ganz anderen, sehr viel allgemeineren, rein hoheitsrechtlichen Charakter. Demnach gewährten die Militärregierungen den deutschen Regierungen begrenzte Befugnisse der Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung und behielten sich alle Zuständigkeiten vor, die für die Zwecke der Besetzung nötig waren. Sie beanspruchten weiterhin umfassende Einwirkungsmöglichkeiten auf weiten Gebieten der deutschen Innenpolitik; die auswärtigen Beziehungen Deutschlands wurden sowieso von den Besatzungsmächten wahrgenommen. Von einer Fixierung und damit Begrenzung der Rechte der Militärregierungen war darin nicht die Rede¹⁴⁶. Das Dokument „umschrieb in wenig präziser Weise den Rahmen eines Besatzungsstatuts, das gleichzeitig mit der Verfassung in Kraft gesetzt werden sollte ... Ähnliche Bestimmungen pflegten die Verträge zu enthalten, aufgrund derer die ‚Mächte‘ einst in Afrika und Asien ‚Protectorate‘ begründeten ...“¹⁴⁷.

In der Sitzung des württemberg-hohenzollerischen Staatsministeriums vom 5. Juli 1948, in der die Ergebnisse der Frankfurter Konferenz der Ministerpräsidenten mit den Militärgouverneuren besprochen wurden, vertrat Staatsrat Schmid die Ansicht, „daß sich durch die in den übergebenen Dokumenten enthaltenen Zugeständnisse am Prinzip der Besatzungsherrschaft nichts ändere, sondern lediglich ihre Ausübung modifiziere. ... Allerdings werde eine unbestreitbare Verbesserung des bisherigen Zustands erreicht. Solange jedoch die Besatzungsmacht sich die letzte Entscheidungsgewalt in Deutschland vorbehalte, könne eine Volksvertretung selbst mit gesetzgeberischen Befugnissen und mit einer verantwortlichen Exekutive nicht mehr sein als ein Selbstverwaltungskörper mit unter Umständen weitgehender Autonomie.

Er empfehle daher nicht die Ausarbeitung einer Verfassung, sondern eines Organisationsstatuts vorzubereiten. Dadurch werde vermieden, daß in Westdeutschland ein Staat entstehe, der diesen Namen nicht verdiene, da er nicht die politischen

¹⁴⁵ Siehe SPD-Jahrbuch 1947; die Denkschrift enthält dieselben Gedankengänge, manchmal wörtlich gleiche Formulierungen wie Schmid's Münchener Referat; in französischer Übersetzung ist sie im Anhang des schon erwähnten (Anm. 13) Süreté-Berichts über die SPD Südwürttembergs enthalten. Zu Schmid's Forderung nach einem Besatzungsstatut vgl. Hirscher, Carlo Schmid, S. 122 ff., und Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, S. 583 f.

¹⁴⁶ Text und Analyse des Dokuments bei Grewe, Besatzungsstatut, S. 225 ff.

¹⁴⁷ Schmid, Erinnerungen, S. 325.

Gesamtentscheidungen treffen könne, die das Wesen eines souveränen Staates ausmachen. Größter Wert müßte auf den Charakter des Provisorischen gelegt werden...“¹⁴⁸

Mit der Auffassung, daß es vorerst nur darum gehen könne, ein Organisationsstatut im Rahmen des Besatzungsstatuts, das die eigentliche Verfassung sei, zu schaffen, ging Carlo Schmid in die nun folgenden Verhandlungsrunden. Bei der Konferenz der Ministerpräsidenten auf dem „Rittersturz“ oberhalb Koblenz vom 8. bis 10. Juli konnte er sich durchsetzen: es sollte keine Verfassung geschaffen werden, sondern nur ein „Grundgesetz“, und folglich auch keine Verfassungsgebende Versammlung geben, sondern nur einen „Parlamentarischen Rat“. Vor allem müsse aber zuerst das Besatzungsstatut erlassen werden, das den Rahmen für ein deutsches Grundgesetz bilden sollte. Schmid wurde mit der Redaktion der Mantelnote an die Militärgouverneure beauftragt, der deutsche „Leitsätze für ein Besatzungsstatut“ beigegeben wurden¹⁴⁹. Die Repräsentanten der Besatzungsmächte akzeptierten dies aber nicht, und somit mußte erneut verhandelt werden. Bei der zweiten Konferenz in Schloß „Niederwald“ bei Rüdesheim am 21./22. Juli wurde Berlin nicht mehr von Frau Louise Schroeder, sondern von Ernst Reuter vertreten, der seine Kollegen davon zu überzeugen verstand, daß es gerade im Interesse Berlins und der Ostzone notwendig sei, „im freien Westen durch eine parlamentarische Körperschaft eine Verfassung für den freien Teil Deutschlands“ zu schaffen. Carlo Schmid mußte zurückstecken.

Am 12. Mai 1949, nach der Verabschiedung des Grundgesetzes durch den Parlamentarischen Rat, verkündeten die Alliierten ihr Besatzungsstatut. „Für mich war dies ein Tag besonderer Befriedigung, hatte ich doch seit 1946 mich darum bemüht, den Besatzungsmächten klarzumachen, daß auch ein Besatzungsregime in rechtsstaatlichen Formen ausgeübt werden muß und kann“, schreibt Carlo Schmid in seinen Erinnerungen¹⁵⁰. Aber dieses Besatzungsstatut blieb durchaus im formalen Rahmen der Richtlinien des dritten Frankfurter Dokuments; über eine Regelung der materiellen Probleme des Besatzungsregimes sagte es nichts aus. Die summarischen Formulierungen des Statuts hatten mehr politischen als juristischen Charakter. Auch „die auf deutscher Seite vielfach gehegte Erwartung, die Besatzungsmächte würden mit Erlaß des Besatzungsstatuts die vorübergehend ausgeübten Funktionen der deutschen Staatsgewalt wieder den verfassungsmäßig gebildeten deutschen Staatsorganen übertragen und sich auf bloße Aufsichtsfunktionen beschränken, hat sich als zu weit gespannt erwiesen“¹⁵¹.

¹⁴⁸ Niederschrift über die 60. Sitzung des Staatsministeriums, 5. 7. 48, in: StA Sigm., Film S IV 924, Wü 2/779, S. 3 ff.

¹⁴⁹ Siehe Der Parlamentarische Rat, Bd. 1: Vorgeschichte, bearb. von Johannes Volker Wagner, Boppard/Rh. 1975, S. 143–150, bes. 148 ff.; dazu und zum folgenden auch Schmid, Erinnerungen, S. 326 ff.; Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, S. 613 ff.; Benz, Von der Besatzungsherrschaft..., S. 162 ff.

¹⁵⁰ Schmid, Erinnerungen, S. 395.

¹⁵¹ Wilhelm Grewe, Deutsche Außenpolitik der Nachkriegszeit, Stuttgart 1960, S. 39.

Frankreich und Deutschland als Partner in Europa

Für einen Mann von der Herkunft, Ausbildung und Erfahrung Carlo Schmid war es vorgegeben, daß er nicht nur aus politischer Rason, sondern aus innerster Überzeugung für eine deutsch-französische Verständigung und eine Vereinigung Europas eintrat, wo immer sich die Möglichkeit bot. Seine ersten Auslandsreisen nach dem Kriege dienten vor allem der Kontaktaufnahme mit französischen Sozialisten; 1947 trat er der Union der Europäischen Föderalisten bei. In mehreren Vorträgen, Memoranden und Aufsätzen legte er Gedanken und Lösungsvorschläge dar, die aus seinen eigenen politischen Erfahrungen und Einsichten in diesen Jahren hervorgingen und deshalb hier kurz skizziert werden sollen¹⁵².

In einem großen Leitartikel über das Verhältnis zwischen Deutschen und Franzosen im Münchner Merkur vom 19. Juli 1948 kommt Schmid in sehr deutlichen Worten auf die fatalen Wechselwirkungen der Kriege und Besetzungen zu sprechen:

„Wir sollten einsehen, daß die Besetzung eines jeden Landes durch fremde Truppen eine leidvolle Sache für die Bevölkerung ist; und wenn uns an der französischen Besetzung einiges besonders unangenehm zu sein scheint, so sollten wir daran denken, daß im Namen des deutschen Volkes schlimme Dinge in Frankreich geschehen sind, an die sich die Franzosen noch erinnern. Wir können es beklagen, daß sie zu viele Dinge mit der Berufung auf diese Erinnerung rechtfertigen, wir sollten sie aber nicht moralisch überfordern.“ Die Forderungen der Franzosen auf Wiedergutmachung und ihre Bestrebungen, weitere deutsche Überfälle durch entsprechende Sicherheitsmaßnahmen und Restriktionen auszuschließen, seien begreiflich. Aber sie sollten einsehen, daß es unsinnig ist, „den Deutschen das Recht zu versagen, . . . sich frei und nach ihren eigenen Vorstellungen als Staat zu konstituieren“. Es sei nicht nur Nationalismus, wenn sich die Deutschen dagegen wehren, daß nur das Ruhrgebiet unter internationale Kontrolle kommen soll. Das sollte man als deutsche Vorleistung auf eine künftige Internationalisierung aller schwerindustriellen Zentren in Westeuropa betrachten.

Carlo Schmid greift hier Überlegungen auf, die er ein Jahr vorher in einem bemerkenswerten Aufsatz „Das deutsch-französische Verhältnis und der dritte Partner“ niedergeschrieben hatte¹⁵³. Er sieht eine gegenseitige Kontrolle der schwerindustriellen Komplexe Westeuropas, eine „Europäisierung der Produktion und Verteilung“ dieser Industriegüter als eine Voraussetzung für einen politischen Zusammenschluß Europas an. Eine solche europäische Integration sei ein Erfordernis der Selbstbehauptung gegenüber den Supermächten in Ost und West. Wie viele europäische Sozialisten der Nachkriegszeit stellte sich Schmid ein vereinigt Europa als

¹⁵² Eine relativ vollständige Übersicht über die Reden und Schriften Carlo Schmid bietet die Carlo-Schmid-Bibliographie, eingel. u. bearb. von Hans Georg Lehmann, hrsg. vom Archiv der sozialen Demokratie (Friedrich Ebert-Stiftung), Bonn 1977.

¹⁵³ C. Schmid, Das deutsch-französische Verhältnis und der dritte Partner, in: Die Wandlung 2 (1947), S. 792–805. Die gleichen Vorstellungen liegen auch dem Diskussionsbeitrag „Europäische Union“ in: Merkur 1 (1947), S. 649–654, zugrunde (nicht bei Lehmann aufgeführt).

drittes Kraftzentrum der Welt vor, wobei er allerdings – im Unterschied zu seinen französischen Freunden – davon ausging, daß das von der Labour-Partei geführte Großbritannien die Führung übernehmen werde und damit auch das ganze Commonwealth in dieses einbezogen würde. Das Interessanteste an Schmid's Ausführungen ist aber seine Auffassung, daß Deutschland, das ja nur als staatsrechtliches Provisorium zu organisieren sei, vorerst an dieser Integration nicht teilhaben sollte. Durch seinen Besatzungsstatus würde Deutschland für lange Zeit von den Entscheidungen seiner Besatzungsmächte abhängig sein. Es würde während dieser Zeit kein Auswärtiges Amt existieren, was aber nicht heißen müßte, daß die Deutschen völlig handlungsunfähig seien. „Mich dünkt sogar, daß das deutsche Volk durch diesen Zwang zu nicht-offizieller Betätigung seiner außenpolitischen Energien einen sehr wirksamen Beitrag zu seiner Erziehung zu demokratischer Bürgertugend leisten könnte...“¹⁵⁴

Zentraler Aspekt einer deutschen Beteiligung an der Integration Europas, aber auch der wundeste Punkt Europas überhaupt, sei das deutsch-französische Verhältnis. „Das französische Volk wird erst dann umdenken und umfühlen, wenn wir seine Befürchtungen [hinsichtlich einer deutschen Bedrohung] gegenstandslos gemacht haben – und zwar nicht, weil man uns heute zu allem zwingen kann, sondern indem wir ihm durch unmißverstehliches Verhalten zu erkennen geben, daß freie Einsicht uns dazu veranlaßt.“¹⁵⁵ Die Deutschen sollten es begreiflich finden, daß die Franzosen bis zur Verwirklichung der Vereinigten Staaten von Europa sich mittels gewisser Kontrollmaßnahmen und durch die Aufrechterhaltung einer militärischen Besetzung Garantien verschaffen wollen.

Im Juli 1948 wurde in Ludwigsburg (also in der amerikanischen Zone!) ein Deutsch-Französisches Institut gegründet und Carlo Schmid zu dessen Präsident berufen. Bei der Eröffnungsfeier hielt er einen Vortrag, der in noch grundsätzlicherer Weise das deutsch-französische Verhältnis behandelte¹⁵⁶; aber auch hier kam er auf die Situation der Besetzung zu sprechen, und er versuchte ihr einen positiven Aspekt zu geben: „So könnte es sein, daß die Besetzung unseres Landes für das Werden Europas mehr tun wird als alle ‚Projekte‘. Nicht etwa, weil jene, die an der Ausübung der Besatzungshoheit beteiligt sind, immer den Gedanken an Europa in sich tragen, sondern weil diese Leute je und je – oft sogar gegen ihre Absicht – gezwungen werden, europäisch zu handeln und Balken für das Gerüst des europäischen Hauses herbei zu tragen.“

Schmid wies in diesem Zusammenhang auf das European Recovery Program (ERP), die Marshallplan-Hilfe, hin. Solche Institutionen schufen auch ohne direkte

¹⁵⁴ Schmid, Das deutsch-französische Verhältnis, S. 800.

¹⁵⁵ Ebenda, S. 801. Siehe dazu auch Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, S. 574 ff.

¹⁵⁶ Zuerst veröffentlicht unter dem Titel „Deutschland, Frankreich und Europa“ in: Deutsche Rundschau 75 (1949), S. 193–203 (Zitat S. 201 f.). In französischer Übersetzung erschien er sowohl in der halbamtlichen Publikation der Documentation Française, Articles et Documents, No 1.539 vom 7.5. 1949, wie in der Zeitschrift Documents 1949, H. 4, S. 353–361 (beides ebenfalls nicht in der Lehmannschen Bibliographie).

politische Absichtserklärung eine europäische Wirklichkeit und böten eine politische Grundlage, auf der man konstitutionelle Gebäude errichten könne. Das jetzt geschaffene Ruhrstatut sei dagegen ein Hemmschuh auf dem Wege nach Europa, denn es würde seine Nutznießer davon abhalten, ihrerseits auf Souveränitätsrechte zugunsten Europas zu verzichten.

Carlo Schmid hat 1947/48 noch versucht, den Wunsch nach einer deutschen Westorientierung mit der Idee der Blockfreiheit einer dritten Kraft zu verbinden. Unter den Bedingungen des Kalten Krieges mußte auch er einsehen, daß die Blockfreiheit nicht mehr zu den Möglichkeiten deutscher Politik gehörte und das Offenhalten eines provisorischen westdeutschen Status nur zu einer Schwächung der deutschen Position führen würde.

*

Es war die Herausforderung der französischen Besatzung, die Carlo Schmid 1945 zum Politiker werden ließ. Wahrscheinlich wäre er auch ohne diese in einem demokratischen deutschen Staat in irgendeiner Weise politisch tätig geworden. Er wäre aber unter normalen Umständen kaum in so kurzer Zeit zum Regierungschef eines deutschen Landes aufgestiegen. Nur aus dieser Position heraus wurde es ihm aber möglich, in so starkem Maße bei der politischen Gestaltung des neuen demokratischen deutschen Staatswesens mitzuwirken, wie dies ab 1947/48 geschah.

Wohl von ausschlaggebender Bedeutung für seine Nachkriegskarriere war seine kulturelle Herkunft, seine Mittlerrolle zwischen Franzosen und Deutschen. Als deutscher Patriot und Politiker, der gleichzeitig ein *homme de lettres* im wahrsten Sinne des Wortes war, konnte er sich bei den Offizieren und Beamten der französischen Besatzungsregierung bald Achtung und Sympathien verschaffen. Es ist wohl nicht zuletzt Carlo Schmid zu verdanken, daß die deutsche Verwaltungsspitze in Württemberg-Hohenzollern sich von Anfang an, mit der Bildung des Staatssekretariats, nicht als reine „Auftragsverwaltung“ der Besatzungsmacht ansah und handelte, sondern sich durchaus als eigenständige politische Kraft durchsetzen konnte – die wohl auch nicht so einfach abzusetzen gewesen wäre, jedenfalls nicht ohne Schaden für die Militärregierung selbst. In seinen über die französische Zone hinausgreifenden Aktivitäten haben ihm die Franzosen nach anfänglichem Zögern und Mißtrauen bald eher den Rücken gestärkt, als daß sie ihn behindert hätten. Sie erkannten in ihm zu Recht einen deutschen Politiker ersten Ranges, der ihren Motivationen und Interessen trotz seiner oft recht harten Kritik an den Auswirkungen der Besatzungspolitik mehr Verständnis entgegenbrachte als die meisten anderen deutschen Politiker dieser Zeit – nicht nur auf Seiten der SPD.

Sein Entschluß, der Sozialdemokratischen Partei beizutreten, entsprang sozialem Verantwortungsgefühl und einer humanistischen Gesinnung – in einer Zeit und in einem Land, in dem die CDU sehr stark vom konservativen Katholizismus der Zentrumstradition geprägt war, wohl verständlich. Diese humanistische Gesinnung hat Schmid in der SPD von Anfang an prononciert vertreten und damit eine Gegenposi-

tion bezogen gegenüber überkommenen doktrinär marxistischen Haltungen in der Partei. Schon in seiner ersten programmatischen Rede auf einer SPD-Versammlung im Februar 1946 forderte er zu einer Neubesinnung in der Partei auf, die erst Jahrzehnte später im Godesberger Programm ihren offiziellen Ausdruck fand.

In diesen Erneuerungsbestrebungen traf er sich mit Kurt Schumacher, der ihn als pragmatisch-vernünftigen, aufgeschlossenen und offenen Gesprächspartner schätzen lernte. Das Verhältnis zwischen beiden blieb aber nicht ohne Spannungen. Ihre Auffassungen über die staatsrechtliche Neugestaltung Deutschlands differierten erheblich, waren aber wohl kaum so konträr, wie von Außenstehenden vielfach angenommen wurde. Auf französischer Seite hoffte man, Carlo Schmid als föderalistischen Kontrahenten gegen Schumacher aufbauen zu können. Nachdem Schmid 1947 mit großer Mehrheit in den Parteivorstand der SPD gewählt worden war, begann man in ihm den möglichen Nachfolger des kränkelnden Schumacher zu sehen – aber da war der Wunsch der Vater des Gedankens! Carlo Schmid blieb doch zu sehr intellektueller Außenseiter in der SPD, um gegen den traditionalistischen Parteiapparat anzukommen.

Für die in einem geschlossenen politischen System denkenden Parteifunktionäre war Carlo Schmid auch viel zu sehr Pragmatiker. Pragmatismus war ein Wesenszug seiner politischen Einstellung und seines Handelns. Tarbé de Saint-Hardouin bezeichnete Schmid nach seinem ersten intensiven Gespräch mit ihm als „opportuniste“, was im Französischen kein negatives Werturteil ist. Das Mögliche in einer Situation zu erkennen und danach zu handeln – wenn sich die Lage ändert, sich auf die neue Situation einzustellen, das konnte er und das kam ihm gerade in diesen Jahren der rasch fortschreitenden politischen Entwicklung zugute.

Als Jurist bestand er auf einer Klärung der staatsrechtlichen Position der Besatzungsmächte. Da er diese für sehr stark und dauerhaft ansah und die Abhängigkeit deutscher Regierungsarbeit von der Einstellung der Besatzungsmächte aus eigener leidvoller Erfahrung kannte, hielt er es für besser, die staatsrechtliche Gestaltung Deutschlands bzw. der drei westlichen Besatzungszonen vorerst nur provisorisch zu regeln in Form eines reinen Organisationsstatuts. Als er aber gewahr wurde, daß die politische Situation mehr erforderte und auf die Gründung eines regelrechten westdeutschen parlamentarischen Staatswesens hinauslief, stellte er sich schnell um, stieg bei den Verfassungsberatungen auf Herrenchiemsee und im Parlamentarischen Rat voll ein und wurde einer der „Gründungsväter“ der neuen Bundesrepublik Deutschland.